

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Mr. 154.

zu Nr. 140 des Hauptblattes.

1922.

Beschriftung mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 15. Juni.)

Wls. Werner (Som.)

#### **REFERENCES**

(Fortsetzung.)

Die Regierung, die jetzt besteht, hat den General Reichardt trotz seiner Leibesgeschichte, trotz seiner frechen Benehmung gegenüber der Regierung (Abg. Dr. Behn: Sprechen Sie doch deutsch! — Reiterfest!) so lange im Amt gelassen, bis er es selbst vorgezogen hat, zu gehen. Sie hat alle die reaktionären Polizeioffiziere, die Polizeileutnants und Polizeihauptmänner, denen nachgewiesen ist, daß sie mit den konterrevolutionären Organisationen in allen Ecken Sachsen in engerer Verbindung stehen (Sehr richtig! bei den Kom.), auf ihrem Posten gelassen, und Sie hat die Kommissare eingesetzt, ohne Ihnen ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu geben. (Sehr gut! bei den Kom.) Und wie steht es nach den Ausführungen des Hrn. Minister Lipinski von heute? Die größte Aufgabe sehen die Kommissare auch heute noch darin, den Schußwall für das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft darzustellen. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Stellung der Kommissare muß geändert werden, und der Antrag des Abg. Gaston, der im Haushaltshausschluß A beantragte, daß das Einsetzen der Polizei nur mit Genehmigung der Kommissare erfolgen darf, wird eine kleine Erweiterung der Rechte der Kommissare bringen, wird aber auch noch nicht die Gewähr geben, daß die Polizei nicht mehr wie bis dato gegen die Arbeiterschaft wütet und losgeht, denn der Kommissar sitzt nur bei den einzelnen Stellen der Polizei, während bei der Einschaltung der Polizei der Wachthabende eines bestimmten Bezirks bestimmt ist, und jedesmal die Polizei von diesem Wachthabenden, nicht, wie der Minister Lipinski sagt, in nichtprovokatorischer Weise, sondern in sehr provokatorischer Weise eingesetzt wird. Wir sehen, daß die Polizei zusammenrückt mit den Demonstranten und Bousant und mit der Arbeiterschaft in Hunderten von Fällen in Sachsen, daß sie an allen Ecken und Enden und ständig Stellung nahm gegen die Arbeiterschaft. Ich habe selbst erlebt, daß bei einer sehr harmlosen Demonstration von 50 Jugendlichen, die aus einer Versammlung nach Hause gingen, die Polizei in Dresden in Säule von 40 Mann austrückte und mit dem Gummischnüppel herumspielte, um wieder eine Brügelzeit zu beginnen, die nur durch unser Zusätzlicheintreten verhütet wurde. Die Polizei hat sich sehr oft provokatorisch gegenüber der Arbeiterschaft verhalten, und da ist es notwendig, daß gegen dieses Verhalten der Polizei Sicherungen geschaffen werden, und diese Sicherungen sind nur dann möglich, wenn eine tatsächliche Reorganisierung der Polizei eintritt, und zwar in einem Maße, das weitergeht, als wie der Hr. Minister Lipinski gesagt hat.

Wir Kommunisten haben deshalb eine Anzahl Anträge unterbreitet. Wir verlangen, daß die Gehälter der Offiziere gestrichen werden. Wir verlangen, daß ebenfalls die Ausgaben für Waffen und Munition gestrichen werden. Daß die Befestigung von Schuhwaffen unter allen Umständen zu erfolgen hat, und wir wünschen dann, daß eine weitere Befugnis der Kommission und Sicherung der Landespolizei dadurch herbeigeführt wird, daß an die Stelle des Chefs der Landespolizei einer der bei der Landespolizei angestellten Kommissare zu treten hat. Der Dr. Minister hat zwar erfüllt, daß die Stelle des Chefs der Landespolizei eine reine Verwaltungsstelle sei, aber das wird auch eine Aufgabe der Kommissare sein, von dieser Verwaltungsstelle aus die Waffenangelegenheiten, das Ausüben der Polizei usw. zu überwachen und durchzuführen. Wir haben verlangt, daß die Offiziere aus den Kreisen der Mannschaften gewählt werden. Wir sind der Ansicht, daß dies sehr wohl möglich ist, und daß sie ihre Entschlüsse nur mit Zustimmung der Beamtenausschüsse durchführen dürfen. Der Dr. Minister hat gezeigt, daß dies unmöglich ist. Die Offiziere müssen Vorgesetzte sein und ihre Entschlüsse frei fassen können. Das ist zugegeben, daß sie ihre Entschlüsse vielleicht in einer gewissen Situationen frei fassen müssen, aber daß sie keine Entschlüsse fassen werden, die sich gegen die Arbeiterschaft richten, die Gewalt ist uns nur geboten, wenn die Offiziere gleichzeitig das Vertrauen der Mannschaften besitzen; wenn sie sich verantworten müssen vor den Beamtenausschüssen, so gibt das die weitere Gewähr dafür, daß sie nicht gegen die Interessen der Arbeiter handeln. Das sind im Interesse der Arbeiterschaft notwendig durchzuführen.

Der Hr. Minister hat nun erklärt, daß er eine Verordnung herausgegeben habe, die eine Vergabeistung der Polizei darstellen soll und daß es den

Kriegszeit der Kommunisten gar nicht bedurft hätte. Diese Verordnung ist aber vollständig ungenügend, weil sie positiv nur eine Modernisierung bringt. Die Polizei, die sich in Kaiserzeiten befand, ist abgekämpft von der Bevölkerung, von dem Arbeitervolk speziell und steht nur unter dem Einfluss der Obrigkeit und wird beeinflusst im reaktionären Sinne. Sie kommt nicht mit dem Geist des Arbeitervolks genügend in Berührung, und nur dadurch, daß die Kaiserlichkeit aufgehoben wird, ist die Möglichkeit eines eingeren Zusammenarbeitens gegeben. Die Verordnung des Hrn. Minister Lipinski bringt politisch keine Aushebung der Kaiserlichkeit. Art. 4 dieser Verordnung besagt ganz klar und deutlich, in welchem Geiste die Regierung die Umarbeitung der Polizei aufzuhängt hat, nämlich militärische Übungen bleiben nach wie vor verboten, die Übungen sind nur darauf zu erfreuen, den Beamten die erforderliche praktische Kenntnis darin zu verschaffen, in welcher Weise

gegen erregte Volksmassen, gegen zäubertische Banden, gegen Massen bewaffneter Auführer einzutreten ist, besonders in welcher Weise das Räumen und Abperren von Straßen und Plätzen vorgenommen ist. Der Paragraph lässt die ganzen Schönheiten der jüngsten Polizei bestehen. Es gibt nicht im geringsten auf, was bis jetzt zu den Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeiterschaft geführt hat, im Gegenteil, er sanktioniert das Provokationsrecht der höheren Offiziere und beauftragt die untere Beamtenchaft, den Provokationsbestrebungen der höheren Beamten nachzukommen. (Abg. Heslein: Minister Bipinji als Reaktionär! Die Regierung hat nichts getan, was notwendig ist um eine energische Umstellung der Beamtenchaft durchzuführen. Wenn die Beamtenchaft in einem anderen Weise erzogen werden soll, ist es notwendig, daß man Beamte einstellt, die schon vorher in der Schule der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung gewesen sind, die der gewerkschaftlichen Bewegung einige Zeit angehört haben, damit sie etwas gelernt haben, was den Beamten jetzt abgeht, damit sie gelernt haben, Solidarität,

gefühl mit der Arbeiterschaft zu bekommen.

Wir Kommunisten sehen auf dem Standpunkt, daß die staatliche Polizei nicht von uns bewilligt werden kann einer Regierung, die nicht energisch genug eine Umorientierung und Reformierung der Polizei durchführt. Eine besondere Gefahr für die Arbeiterschaft besteht darin, daß das Einsetzen von geschlossenen Verbündeten mehr und mehr möglich ist. Ich will nicht auf die Begründung der Vorlagen, die sich mit der Verstaatlichung der Polizei befassen, der Vorlagen Nr. 15 und 122 usw., eingehen, aber in all diesen Vorlagen ist ganz klar und deutlich geschrieben, daß die verstaatlichte Polizei einen Ertrag des alten Heeres vorstellen soll. (Sehr richtig! bei den Kom.) Ich brauche das nicht zu zitieren, wenn es bestritten wird, bin ich aber bereit. Man hat alle die von uns gestellten Anträge und Vorschläge abgelehnt und wir können uns deshalb nicht entschließen einer Verstaatlichung der Polizei zuzustimmen. Wir möchten der Polizei nicht die Möglichkeit geben, central und geschlossen zusammengefaßt zu werden, um geschlossen gegen die Arbeiterschaft eingesetzt zu werden, und wir möchten den politischen Einfluß auf die Polizei dadurch, daß sie den Kommunismus bleiben, verstärken. Die bisherige Taktik der nationalistischen Regierung gibt uns nicht die geringste Gewicht, daß sie eine verstaatlichte Polizei so benutzen würde (Barfuß bei den Dem.: Wie es den Kommunisten gefällt!), wie sie es im Interesse des Kommunismus tun möchte, sondern im Gegenteil, kommt sie immer wieder auf die Ausführungen des Ministers Lipinski von vorhin zurück, wo deutlich und klar bewiesen hat, wie er die Aufgabe der Polizei ansieht. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Kommunisten können es nicht verantworten, daß die Polizei so aufgezogen wird. (Barfuß bei den Dem.: Vor wem denn?)

Rede mit einer wunderbaren Weise und Gedränge gefragt, daß jetzt die große Koalition von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen hergestellt sei und daß man daran die notwendigen Schlüsse ziehen müsse. (Abg. Blüher: Das machen Sie eben nicht!) Ich habe vorhin gefragt und bewiesen, daß die Kommunisten diese Regierung in allen kritischen Situationen gestützt haben, daß sogar in einer der letzten Sitzungen meines Fraktionstheologen Sievert den Hrn. Minister Hellrich gegen die Angriffe der Bürgertümlichen verteidigen mußte wegen seines Sozialsetzungsbretts, weil der Hr. Minister Hellrich selber nicht die Courage ausbrachte, sich genügend politisch zu verteidigen. (Lachen.) Das war bisher die Unterstützung der sozialistischen Regierung durch die Kommunisten, die sich in allen feindseligen Situationen mit aller Kraft für die Erhaltung der Regierung eingesetzt und den Angriffen des Bürgertums entgegengestellt hat. (Abg. L. Dehne zu den Soz.: Führt Sie das immer noch nicht!) Die Regierung hat aber nicht, als die Unterstützung der Kommunisten fuhren, eine Politik getrieben, die im Interesse des Proletariats gegeben und notwendig war, sondern sie hat durch ihre schwächliche Haltung ermöglicht, daß die Angriffe des Bürgertums frecher und frecher werden konnten (Lachen rechts), daß alle politische Tage die Bürgerlichen mit Anfragen und Anträgen im Landtag auftraten, ganz gewußtend, daß sich vor dem etwas energisch

Austritt des Hrn. Abg. Bentler der Dr. Ministr  
Lipinski sehr schnell in die Reserve zurückzog.

darf das nicht in bezug auf die Fraktionen des Landtages geschehen.

**Abg. Rennier** (fortfahrend): Das Auftreten der Bürgerlichen wurde immer frecher, das zeigen die Aufmärsche bei den Regimentsfesten, bei den Gardereitertagen, das zeigen die Aufmärsche bei den Großfeierlichkeiten.

bei der Gründung des Nationalen Soldatenbundes, das zeigt der Aufmarsch, der am vorigen Sonntag in Dresden stattgefunden hat, wo bei dem Gardeceretzug eine Schwadron der Reichswehr bewaffnet mit demonstriert hat, das zeigt der Aufmarsch, der gestern beim Felsbebenbahnhortag stattfand, das zeigt die Unmenge der in den nächsten Zeit einberufenen Regimentstage nach Leipzig, Chemnitz, Dresden, Tharandt, Freiberg usw. Die Regierung hat gegen diese sich immer steigernben Revolutionen nichts unternommen, um die Gefahr, die durch diese orgeschaffenswürdige Tätigkeit von Seiten der Bürgerlichen für die Arbeiterschaft entsteht, abzuwehren. (Abg. Dr. Dehne: Sie leiden ja an Verfolgungswahn!) Die Regierung hat dadurch, daß sie in ihrer Einstellung im Parlament und außerhalb des Parlamentes zurückgewichen ist vor den Bürgerlichen, die Arbeiterschaft geschwächt. Die Kommunisten haben im Laufe der Jahre, in denen sie die sozialistische Regierung unterstützt haben, der Regierung sehr oft Anträge und Vorschläge unterbreitet, um einerseits der Arbeiterschaft zu helfen und anderseits die Basis, auf der die Regierung steht, sicher zu machen. (Barfuß rechts: Ja, na!) Über diese Anträge sind abgelehnt worden, und zwar immer durch die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen zusammen. Das war die Koalition und Regierungsbasis, auf der im sächsischen Landtag die sächsische Regierung ihre Politik getrieben hat. (Abg. Müller [Leipzig]: Die habt Ihr unterstützt!) Sie hat die kommunistische Unterstützung nun dann gehabt, wenn sie von den Bürgerlichen verlassen wurde. Sie hat die ihr gebene Freiheit nicht benutzt, um Arbeitspolitik zu treiben, sie hat im Gegenteil alles getan, um den Einfluß der Bürgerlichen größer werden zu lassen, ganz getreu dem Prinzip, nach dem der Dr. Minister in der Sitzung, die wir gemeinsam gehabt haben, erklärt hat: Ich suche mir meine Mehrheit, wo ich sie finde. (Abg. Schmitz: Das bringt der viel besser als Dr. Rudolf!) Der Dr. Minister Bippuski hat am Schlusse seiner Rede als etwas ganz Wünschenswertes hingestellt, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen zusammen gehen sollen und den Landtag auflösen. (Minister des Innern Bippuski: Ich habe Ihnen Glück gewünscht an der Reise mit den Deutschnationalen — Abg. Siemert: Danke schön!) Es wird auf daßelben herauskommen, dieses Bildwunder aus Reile und

herauszutreten, dieses Glückwunschen gut wie bei den Deutschnationalen. Ich wäre an der Stelle des Hr. Ministers Lipinski mit einem solchen Glückwunsch etwas vorsichtiger gewesen, denn die ersten Worte seines Vortrages waren das Werben mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Reise fortsetzen zu können, wie man bisher gehabt hat. (Abg. Schneller: Sehr richtig! Das muß unbedingt klar geklärt werden. (Sehr richtig! bei den Kom.) Es muß gesagt werden, daß die Regierung es versäumt hat, die ihr augetragenen notwendigen Arbeiten zu erfüllen. Der Hr. Minister hat in seinen Ausführungen demonstriert wollen vor der Öffentlichkeit des sächsischen Volkes, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gemeinsame Sache machen, und so die Unterstützung der Bürgerlichen wünschen. Der Hr. Minister tut sich, wenn er glaubt, daß beweisen zu können. Das Entgegenkommen der Kommunistischen Partei, des Entgegenkommen der Kommunistischen Landtagsfraktion, das Entgegenkommen der Kommunisten überhaupt der Regierung und den sozialistischen Parteien gegenüber ist so weitgehend, daß es ja fast gar nicht mehr mit ihren politischen Ansichten verantworten läßt. Die Kommunisten haben der Tat den sozialistischen Parteien mehr als einmal Vorschläge gemacht zum gemeinsamen Zusammensetzen. Die Kommunistische Partei hat den sozialistischen Parteien angeboten, eine Einheitsfront gegen die Angriffe des Bürgertums herzustellen, hat den sozialistischen Parteien angeboten, dem Volksbegehr und dem Auflösungsantrag der Bürgerlichen mit der Auflösung des Landtags begegnen und eine Kampffront der sozialistischen Parteien gegen das Bürgertum herzuführen. (Abg. Wunder: Das wird eine schwere Front werden!) Die sozialistischen Parteien haben diese Vorschläge abgelehnt, sie sind auf diese Vorschläge nicht eingegangen, weil unter den jetzigen Verhältnissen im allgemeinen die Bürgerlichen gestiftet und nur einmal im Rothau auf die Kommunisten gutschickterten, um weiter arbeiten zu können, um die Kommunistische Fraktion als Stütze für die Politik, die nicht im Interesse der Arbeiter gemacht worden ist, zu erhalten. Die sozialistische Regierung hat alle die Möglichkeiten, die sie hätte benutzen können, nicht ausgenutzt. Sie ist bei der Polizeifrage außerordentlich ungünstig vorgegangen, und ihre gestern herausgegebene Verordnung zeigt mit aller Deutlichkeit, wie ungernigend sie arbeitet. Der Hr. Minister gesagt, daß bei der Polizei eine Anzahl Inspektoren und Oberwachtmeister zu Offizieren befördert worden sind. Mir ist mitgeteilt worden, daß Polizeipräsidium Dresden, anstatt einen vorsätzlichen Wachtmeister zu befördern, der mit der Arbeitsschafft in enger Beziehung steht, alte reaktionäre Leute befördert worden sind. Es ist aber in weiter Folge, daß auf allen den Posten Polizeipräsidien in Sachsen die alten Reaktionären sind. (Minister des Innern Lipinski: Wo das nur? — Abg. Müller [Leipzig]: Beweisen Sie mir eine konkrete Tatsache.) In Dresden ist dem Vorsitz des Polizeipräsidiums der Polizeipräsident Grille, auf der Abteilung 6 ist Polizeiinspektor Posselt und der Magierungsleiter Groß, und diese Leute sind es, die die gesetzliche Aktivität im sozialistischen Staate unterhalten. Es ist festgestellt worden, daß auf diesen Buren eine umfangreiche Befreiung der Arbeiterschaft

teien stattfindet, daß ein umfangreiches Material dort zusammengetragen und gesammelt wird über die Arbeiterparteien. Es ist Tatsache, daß in keiner einzigen Arbeiterpartei gesprochen werden kann, seit es in einer öffentlichen Versammlung, nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den Freidenkern, bei den Unabhängigen und bei den Sozialdemokraten, ohne daß ein paar Tage später ganz ausführliche und offizielle Berichte bei der Polizei liegen. Das ist ganz klar festgestellt. Da gibt es nichts zu bestreiten. Wir haben, um diesen Treibhütern etwas entgegentreten zu können, gefordert, daß auf die Nachrichtenstellen Kommissare gesetzt werden. Das wurde abgelehnt.

Wenn wir also die gesamte bisherige Politik der Regierung verfolgen, so finden wir, daß ihre Tätigkeit am allerwenigsten darauf eingestellt worden ist, praktisch etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen. Die ganze Haltung der Regierung bei der Beratung der Polizeivorlage läßt auch nicht darauf schließen, daß sie die Absicht und den Willen hat, ihre bisherige Tätigkeit zu ändern. Sie könnte einem solchen Willen nur durchführen, wenn sie sich eine Position schaffe, auf der sie hufen könnte und von der aus sie den Rechtsparteien entgegentreten und dieselben bezwingen würde. Die Regierung lehnt es ab, sich eine solche Position zu schaffen. Die Kommunistische Partei hat den sozialdemokratischen Parteien vorgeschlagen, daß die Regierung eine Position zum Schutze der Arbeiterrichte und zum Ausbau der Arbeiterrichte schaffen möchte durch eine Betriebsrätevolksversammlung, durch Betriebsräte, denen das Mitbestimmungsrecht und das Beratungsrecht gesichert wird. Diese Position der Betriebsräte bietet die einzige Gewalt dafür, daß die Regierung gegen die Angriffe der Realpolitik und der Konterrevolution bestehen kann und daß die Arbeiterschaft in die Lage versetzt wird, aufzutreten und sich verteidigen zu können. (Barfuß links: Die wollen aber davon nichts wissen!) Die Betriebsräte wollen nicht davon wissen? O ja, die Betriebsräte wollen schon etwas davon wissen. Daß die Chemnitzer Betriebsräte einen anderen Beschuß gezeigt haben, sag für die Stellung der gesamten Betriebsräte an und für sich noch gar nichts (Lachen rechts). aber bezeichnend ist, daß die Sozialdemokratische Partei es nicht will. Die Kommunistische Partei muß es ablehnen, so wie bisher weiter zu verfahren und ich habe im Namen der Kommunistischen Fraktion und der Kommunistischen Partei folgend Erklärung abzugeben (Khal rechts):

Einzendehnhalb Jahr haben die Kommunisten die sozialistische Regierung in Sachsen unterstützt und die jede Hilfe gegen das Bürgertum gebracht. (Ausruf: Das werden Sie auch weiter tun!) Die Regierung hatte reichlich Gelegenheit die Interessen des Proletariats mit Energie zu vertreten. Sie hat jedoch durch ihre Ausweichen das Bürgertum zu den sich steigernden Angriffen gegen die Interessen des Proletariats ermutigt. Die Verantwortung für die zunehmende Verschlechterung der Position der sozialistischen Regierung tragen die Regierung und ihre Parteien. (Abg. Müller [Leipzig]: Das reicht Euch nicht mehr!) Den Börschen der Aktion muß begegnet werden durch die Mobilisierung der Massen. (Hört, hört! rechts!) Die Regierung kann den Kampf gegen die besitzende Klasse nur mit Erfolg führen, wenn sie sich starke außerparlamentarische Stützpunkte in den Betriebsräten schafft.

in den Betriebsräten schafft.  
Die sozialistische Regierung und ihre Parteien haben es abgelehnt, die Arbeiterschaft in größerem Umfang wie bisher zu Entscheidungen heranzuziehen. Die Regierungsparteien sind nicht gewillt, einen Betriebsratkongress für Sachsen über Lebensfragen des Proletariats zu befragen. (Lachen links.) Die Arbeiterschaft fehlt mithin reale Garantien dafür, daß die von den Kommunisten bewilligten Mittel im Interesse des Proletariats verwendet werden. Die bisherigen Maßnahmen der Polizei gegen die Arbeiterschaft machen aber die Schaffung solcher Garantien un-

dingt notwendig.  
Die Kommunistische Partei lehnt bestimmt der Regierung die Mittel zur Erhaltung der Polizei ab. (Bravo! bei den Kom. — Abwurfer: Wer hat denn das fabriziert? — Abwurfer: Dr. Dehne: Die beflissene Sprache verrät, daß es nicht hier gemacht ist. — Batus: Vielleicht

Abg. Blücher (Dtsch. Sp.): Der hr. Minister hat das bedeutamste gesprochen, daß diejenigen, die die längsten Reden über die Polizei halten, davon am wenigstens versehen. (Große Heiterkeit.) Meines Erachtens hat die längste Rede der hr. Kollege Gastau gehalten, aber dann kam gleich der hr. Minister des Innern. (Sehr gut! rechts. — Abg. Gastau: Das beweist, daß es Ausnahmen gibt von der Regel. Zuruf rechts: Au!) Der Inhalt der Rede des Hrn. Ministers stand aber in umgekehrtem Verhältnis zur Länge seiner Rede. Der hr. Minister des Innern hat sich bemüht, den bürgerlichen Parteien und den von ihnen vertretenen Volksfreien einen Widerspruch daraus herzuleiten, daß sie für eine Verbüßung der Polizei eingetreten sind und daß sie heute das Etablissement 48 ablehnen wollen. Die Logik ist nicht gewingend. (Lachen links.) Wir sind für die Verbüßung der Polizei eingetreten, aber es kommt nicht bloß darauf an, wie groß die Polizei ist, sondern darauf, wie die Polizei ist. (Sehr richtig! rechts) Und in dem gegenwärtigen Zustande, da müssen wir schon sagen, können wir in der Polizei nur dasjenige Instrument erblicken, das wir für die Schutz der Einwohnerlichkeit brauchen. (Abg. Liebmann: Also Kompanie Hennet-Blücher. Der hr. Kollege Biller ist ja auf die Beden-

gegen die Tätigkeit der Kommission bedient eingegangen und hat aus der Redlichkeit des Hrn. General Reichardt einen Rückzug über die Tätigkeit der Kommission hier wiedergegeben. Der Inhalt dieser Denkschrift, der uns hier nur auszugsweise mitgeteilt worden ist, läßt es mir doch etwas zweifelhaft erscheinen, ob die Mitteilung des Hrn. Minister Lipinski richtig ist, daß Dr. General Reichardt aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist. Er ist wohl aus anderen Gründen gegangen, aus Bedenken gegen das System, und diese Bedenken teilen wir. Es sind jedoch eine Reihe von Bedenken gegen die Kommission vorbereicht worden; ich möchte aber noch anmerken, daß aus noch weiteren Gründen zurücktreten ist, insbesondere, daß vor einem Jahr eine sehr eigenartige Tätigkeit der Kommission eingestellt hat, um die politisch-öffentliche Aufschwungspolitik der Mitglieder der Reichsratskammer zu entkräften. (Hobt, nicht erdet!) Die Dingen sind das Gute zu Ruhm geprungen und haben Selbstlösungen gemacht, und auf dem engen Raum des Gesprächs der Beteiligten, insbesondere der beteiligten Reichsräte, ist es gelungen, dieses politische Epizentrum zum Nachdruck zu bringen. Diese Schluße bestehen aus, für den Staatsbesitzsort Güter zu finanzieren, womit wir die Mittel für die Kommission unter offenen Augenhunden ablegen wollen.

Ich wünschte dann noch ganz einfaches auf  
meisterei Sachen, die Sr. Minister finanziell an  
uns und im behaupteten an meine Abteilung re-  
richtet hat. Das muss doch seculich bei der Freiheit  
der Presse! Nr. 129 und bei meiner Verantwortung  
der Haftung des Ministeriums einem sozialen  
Streich kontrollieren haben, wenn jetzt nach 14  
Tagen eine jüdische Rassekone aufgespürt ist.  
Etwaslich schneue ich die Sache nicht: wenn der Sr. Minister das Judentum sich deutlicher  
erregt, hofft der Staatsrat zu Dresden, als er ge-  
fragt wurde, wie weit man den Handel gieben  
solle, und das neue Rathaus herzustellen hießen  
hat, so ist das von der seitlichen Geschäftsstelle  
auf Grund der Erfahrungen der letzten  
Jahre gewollt worden; und ich habe der Seinen  
Rathaus, diesem Illustrierten der betreffenden Geschäftsstelle  
eingegeben zu lassen. (Betrifft nichts.) Mit  
mein er bestens hat die Sache gar nichts zu tun;  
wir haben in diesen Sachen viel mehr getan  
als mancher der Herren von links.

Das hat der hr. Minister auch heraus gefüllt; wie könnte ich mich jetzt an einer Art Widerauktionsschau gegen ihn beteiligen, da ich ihm doch scherhaft meine Verantwortung aufzugeben hätte, ohne die soziale Erziehung der Einwohner Leitung zu überlassen. Das war eben im Januar 1921, und damals hielten wir einen hr. Minister Pipinsch (noch für bestimmungsfähig (Reifezeit)) und zweitens bin ich doch viel zu objektiv und unabhängig, um nicht auch einmal angestrafen zu werden, daß ein Mitglied der gegenwärtigen Regierung einmal etwas Erschreckliches tut. Ich habe in einer ganzen Reihe von Fällen den Herren schon ausfand, daß sie auch mal etwas Erschreckliches tun, aber daraus folgt nicht, daß man in der Weisheit laget auch: wir sind mit Euch, ich möchte sagen, auf Gebet und Gebetshilfe vertraut. Und es muß etwas an mir vorgehen,

versiegt. Das ist wohl etwas zu viel verlangt.  
Der Dr. Wünster hat dann von einem Befehl  
aus der Gestapo gekündigt. So, wenn der  
Dr. Wünster bei Ihnen und das kommt, ja  
geigt und das nur, daß er mit seinem Sohn  
vollständig am Ende war. Wenn er weiter  
nichts weiterhören kann, um seine offizielle  
Position — ich meine jetzt die Position im  
Haushaltspolit — zu retten, kann ich es Matthi  
am Schien. Wenn wir gegen das Kapitel Polizei  
kämpfen, so gefährdet das nicht, weil wir mit den  
Kommunistischen Sicherheits gegen die Polizei über-  
haupt hätten, sondern weil die Sozialen es ge-  
geben hat, daß das Kapitel Polizei das geeignete  
Instrument ist, um der gegenrevolutionären Regierung  
zu dienen, das Kapitel am Ende ist. Das  
hat die Kollege Renner in seiner Rede ganz  
richtig gesehen. Der Kollege Renner hat  
ganz richtig gezeigt, daß der Vertrag der Re-  
gierung, eine Reaktion am frühen, ohne hoch  
nur eine Möglichkeit im Parlament und eine  
Wichheit im Lande hat, zum Ende verurteilt  
ist. Das haben wir bereits am 7. September  
1929 herausgelegt, und die Einflüsse unter  
den Deutschen von links haben das ja wohl schon  
damals gewußt. Sie haben jetzt verkündet, die  
1½ Jahre halb auf unsere Sozialistin, halb  
auf unsere Cliquenleute der Kommunisten ver-  
trauen, sich halb hier und halb dort zu führen.  
Das Leben ist am Ende, hat bekannt heute die  
U-Bahnleitung über Kap. 58. (Wasso! auf der  
rechten Seite.)

Winfrey bei General Cipolla;

Die lange Rede des Herrn Abg. Müller stand im Gegenjahr zu der Bedeutung, die er der Rebe kommt. Ich will deshalb darauf gar nicht eingehen, ich will nur zu einigen Tatschungen etwas bemerken.

Dr. Abg. Böller hat schließen müssen, dass die Schauspielerin in Berlin im Weihnachtstage reizlos habe, was bestätigte Blaum über die Kommissare bestätigen und er sie jedoch Gesprächen mitteilen möchte. Da diese nach Kenntnis des Staatsanwalts der Weihnachtsgeschehnisse sei, so die Erwähnung unzulässig ist. Dr. Weinhardt Grabauer hat in seinem Berichte eine aus mir ihm übermittelte Feststellung abgegeben und hat dieser Erklärung ausgenommen: wenn Dr. Abg. Scheuerer ihm bestätigte Wahrtheiten über die Kommissare unterrichteten werden, kann welche er tiefe dem

auszutragen wünsche, kann welche er auch dem Minister mittheilen. Das ist etwas ganz anderes, als was der Reg. Justiz hier vorgeschlagen hat.

Dann ist weiter festzuhalten, was er behauptet hat, daß die Reichspräfektur gegenwärtig Einfluss auf  
den Reichstag habe, das Kommissar bei der jüdischen  
Reichstagsgründung tätig seiens. Die Studier haben  
ihm jetzt auf den Standpunkt gebracht — und  
auch die Reichspräfektur gegenüber der Ratsversammlung —  
daß die Ratsversammlung eine Unabhängigkeit des Reiches  
ist, daß die Unterstützung der Reichstagsgründung eine  
Unabhängigkeit des Reiches ist, daß es das Reich  
gar nichts angeht, was die Reichspräfektur  
verlangen kann, ob bestimmt, daß eine Ratsversammlung  
die für die Reichspräfektur bestimmt ist, für  
die Reichspräfektur nicht verantwortlich werden kann.  
Aber das ist eine Angelegenheit, die wir intern

mit der Reichsregierung zu rechnen haben. Darum aber den Schluß zu ziehen, daß diese Einrichtung im Widerstreit mit dem Reiche stehe, ist falsch.

Dann hat der Hr. Abg. Böller auf die angebliche Denkschrift des Generals Reichardt Bezug genommen, und der Hr. Abg. Böller hat dann ein Fragezeichen hinter den Geschäftsbüchern des Generals Reichardt gemacht. Die Denkschrift ist zurzeit Gegenstand der Erörterung in dem vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuß, und die bisherigen Erörterungen haben nicht ergeben, was diese Schriftung hätte. Wenn also die weiteren Untersuchungen das ergeben, werden wir das Material im Staatsrat vorlegen bekommen; wenn es aber so ausser auffällig wie bisher, dann wird wahrscheinlich der Staatsrat nicht auf seine Bedeutung kommen. Wenn der Hr. Abg. Böller bestreitet, daß der General Reichardt aus Geschäftsbüchern geschlossen sei, so liegt das Schluß zur Reichsregt. ja noch schwächer vor, und er hat seine Geschäftsbücher als so stark geöffnet anzusehen, daß er über den Unterlagenbestand hinaus noch bis zum 21. Dezember u. s. w. kein Recht mit sich hat erheben und nun nur bestätigt erhalten hat. (Hört, hört! hört!)

Wenn nun zweiter der fr. Abg. Blücher erläutert, daß ein Rücktritt der Kommission infolge des Entschlusses habe, als sie sich nach der politischen Zustimmigkeit der Reichsregierung erachten sollten, so liegt das in einer Zeit, wo die Kommissionen des Reiches den Generalstaatsrat folgten, und solaub das beim Ministerium befürchtet gewesen ist, ist es unterzubringen zweckmäßig, daß eine solche Zustimmigkeit entfallen würde. Wenn Belehrungen gegen einen Beamten vorliegen — und damit kommt ich zunächst auch auf den Vorwurf des fr. Abg. Beamer, der den Präsidenten Gallie, den Kommissar Weißelt und andere genannt hat —, so muß ich folgendes sagen: Ich kann und werde gegen einen Beamten nur dann vorgehen, wenn ich gegen den Beamten den Beweis erbringen kann, daß er bestimmtlich gehandelt aber seine Staatspflicht verlaufen oder verunstaltet hat. Solange mir ein solcher Beweis aber das Werk ist für die Erbringung eines solchen Beweises nicht ausreichend wird, lehne ich es ab, auf bloße Verdächtigungen, auf bloße Behauptungen hin irgend etwas zu unternehmen. Hier eine Verhöhnigung auszubringen hat, muß auch den Platz haben, seine Befürerbung mit Beweisen zu belegen. (Aufführung in der Mitte und links.)

Wie wenig der hr. Hrg. Meissner von den Be-  
dingungen Kenntnis hat, zeigt die Behauptung,  
dass die zu Offiziären ernannten Oberstaatsdi-  
meister weder zu Polizeiaffairesen befugt  
waren noch. S. d. ! Die Ende liegt ja:  
Noch dem Dienstleitungsgejag ließen die später  
einführenden Offiziäre, die als Staatsmeister ge-  
baut haben, nur von der Zeit ihrer abgelegten  
Prüfungen an ihre Dienstzeit geschaut zu-  
louren. Deshalb ist das Gehalt des Offiziärs,  
der vom Polizeibaudmeister zum Offiziär auf-  
steigt, nichtiger als das Gehalt des jüngsten  
Ressortoffiziers; und aus diesem Grunde ist zu be-  
zeichnen, dass eine Reihe Polizeiaffairesen in  
Polizeiaffairesenstellen mit Kenntnis und Zustim-  
mung des Staatsaufsichtsrates eingeschafft wer-  
den, und diese Offiziäre haben Polizeiaffairesen  
beleommen, weil sie dadurch sich in der Lage  
waren, annehmend das Gehalt zu beanspruchen,  
was für sie nach ihrem Rangsalter notwendig  
ist. Das ist der hr. Hrg. Meissner als einen

so ausgesetzt ich mich jedenfalls aber als eine Ausschöpfung aufzeigt, ist eine Besinnung, die vom Staatsanwalt nicht festgelegt werden darf.

Zu den ganzen Behauptungen hos. Hdg. Rennert, das das Ministerium in der Einzelbeschreibung der Polizei, in der Beschreibung der Polizei nicht genügend geleistet habe, genügt als Gegenbeweis die einzige Zeichnung, das ist, nachdem die Besinnung erungen war, eine Aussprache mit Vertretern der drei sozialdemokratischen Parteien herbeigeführt habe (Auszuge: Nach der Kommunikation), jenseit, aus der Kommunikation, und daß sie die Kommunikation — und an der Beiposition hat der Hdg. Rennert teilgenommen — mit den Befürwortern für Vollständigkeit erläutert, die von der Regierung getrennt waren waren. Wenn er heute eine andere Darstellung gibt, so würde das darauf geadelt zu sein sein, das Hdg. Rennert eben nicht sagen darf, wie die Dinge in Wirklichkeit sind, sondern das er auf Weise von Berlin seine Weisheit hier zu halten hat. (Schlafes Platz, höchst! rechts.) Das einzige, was Hdg. Rennert ausprüfen hatte, war, daß die Polizeibeamten in dem Maße am Tage mit Waffen bewaffnet auf die Straße gehen sollten; was was das einzige, was der Hdg. Rennert an der Polizei ausgesetzt hatte.

Stimme hat der Abg. Rennex weiter gefragt, ob  
hätte es in einer Zeitschriftenbesprechung erläutert, wo  
würde man seine Meinung, wo ich sie plante.  
Die Darstellung ist ja falsch; ich habe erklärt, daß  
ich die Möglichkeit wünsche, wo ich sie habe. Daß  
ich sie aber finde, d.h. frage, daß ich mit den  
kunstgeschichtlichen Zeitschriften finanziell oder interessen-  
uell oder persönlich verbündet hätte, um aus  
einer Möglichkeit für meine Aufführung zu gewinnen,  
ist eine Unwahrheit, und diese Unwahrheit möchte  
ich öffentlich zurückziehen.

Nun eine Bemerkung zu den Regimentsablagen! Wenn wir in der Verordnung — daß manche ich allgemein sagen — etwas zufügt auch den Regiments benutzten müssen, so würden jüdische Aufkleberungen überflüssig sein. Ich habe mich bewußt, das Wappen- und Geschäftsausweisplakette je zwei ausprägen, wie es irgend gewünscht möglich ist. Ich habe Gewissheit befreit, daß in allen Beziehungen liegen und da auch noch bei meinem Kontakt in das Wappenamt bestmöglich vorbereitet waren. Ich habe, als das Reichsgericht eine andere Entscheidung über die Frage getroffen hat, mitweilen die Erklärung der damaligen Reichsbahndirektion über das Wappenabzeichen nicht mehr gültig ist, jedoch die Erklärung des Oberpostamtsdirektors fortgesetzt und habe die öffentlichen Aufkleber von der Geschäftsausweisplakette hergestellt. Ich habe das Zeichen des Staates in Tasten in der üblichen Weise für alle Parteien geschmiedet; ich habe ferner vorgeschlagen, den Vornamen an

beringen. Über diesen ich daß ist, hat ich das  
in der Vorauflösung, nach der Meinungsverspre-  
chung geistiger Kampf ist, daß dieser geistige Kampf  
mit gesittlichen Mitteln aufgesucht werden darf;  
und ich das, was ich für mich in Anspruch nehme,  
nach dem Gegner zuerkenne, daß auch der Gegner  
angehoben ist seine freie Meinung äußern kann.  
Das bedeutet ich natürlich auch auf die, die Regi-  
mentsoffiziere begehen wollen; daß begiebt sich natürlich  
ich auch auf alle jene, die eine andere als sozial-  
staatliche Meinung haben, wie z. B. für einen  
monarchistischen Gedanken Propaganda treiben;  
denn wir haben ja gerade als Sozialisten befragt,  
daß das Sozialstaatgesetz sich gegen uns wendet,  
und wir eine andere Weltordnung benötigen.  
Sche richtig! bei den Soz.) Wenn wir das,

und wir befinden haben, gegen andere tunlich  
sollten, so wäre das nach meiner Verfolgung  
ein schweres Verhältnis. (Erhebt richtig! bei den  
Zug- und Dom.) Die Regierung kann auch will  
kennen einsehen, wenn die öffentliche Ruhe und  
Sicherheit gefährdet ist, wenn Verschreitungen  
etwofalls werden, die die Sicherheit ge-  
fährden, wenn Hochverrathen geschehen wer-  
den, die durch Hausschlüsse den gegenwärtigen  
Zustand in seinem Besitzte gefährden. Das hat  
aber fassende Dinge und die müssen mit auch  
aufmerkt belogen werden. Ich sage bei den Er-  
wähnungen im Chemnitz jenseit in der „Chem-  
nitzer Wallstraße“ wie im „Rautenkirch“ vergeb-  
lich irgend eine positive Angabe gemacht, daß  
ausgenom Segnungen geworfen, bei dem abgehalten  
wurde, irgendwie provokatorisch auftritt. (Abg-  
leide: Der Regierungsversuch!) Ihr, Herr Meine,  
der Erwähnungen war im vorigenmalen Jahre,  
als da war die Wiederaufbauvorarbeit des Reichs-  
städteverbandes ergangen. Zu vorigenmalen Jahre  
wurde vom Herrn Ministerpräsidenten in meines  
Berechtigung mit Bildsicht auf die Schädigung  
der Ruhe und Sicherheit eine Reihe Gesetze und Ver-  
ordnungen verholt. Aber die tatsächliche Se-  
chicht auch, daß die Verbote zum Reichsau-  
schuß bei Reichsräten aufgehoben wurden, weil  
die Reichsregierung auf sie nicht anwendbar  
sei. Ganzheit schweien Beispiele gegen die Re-  
gierung wegen dieses Verbotes. Das habe ich  
auch zu beachten, und bestens möchte ich nun

reicher Stelle auf an die gesamte Bevölkerung  
als Erwachsenen und die Witte richten, das, was  
aber für sie und die Darlegung seiner eigenen  
Überzeugung in Anspach nimmt, auch her-  
anzuhören zu gestatteien und als Berechtigt an-  
zuerkennen, (Sehr richtig! bei den Deut.) das-  
halb keine Vernichtung eintritt, wenn jemand  
durch Verharmlosungen eine andere Meinung faßt.  
Soweit Handlungen nachweisbar sind,  
aus die Parteien und die Parteiführer, die  
sich erzeigen, viel eindringlicher, den Nach-  
weis zu führen, daß solche Handlungen  
vorgenommen werden, dann hat die Regie-  
rung Hand haben. Über Freiheit, die ich  
meine“ kann nicht möggebend sein, sondern die  
Freiheit, die im Interesse aller das gleiche Recht  
gewährleistet. (Wieder! bei den Deut.) So habe  
ich das bisher gehandhabt, und so gebiete ich  
es auch weiter zu handhaben. Deshalb kann  
es auch dann, wenn hier ideale Sache ex-

#### **Wdg. Engineering (Mechanicals)**

us-gen, einen andern Standpunkt nicht einzunehmen, denn was ich nicht selber entzogen will, kann ich einem anderen zu entzagen nicht gestatten. So habe ich meine Politik eingeschlagen. Und ich kann: Ihre Sympathie aber die Sympathie der andern habe, ist mir ganz gleichgültig.

Als ich im vergangenen Jahre — damit räume ich auf die Folgezeitung meiner Politik — nach Südtirol und den Tirolern die Bezeichnung ihrer besiegten Sogebot der Kommunistischen übernahm, wurde mit Fug und Recht von den konservativen Parteien gejagt: wenn ihr nun Reichsbürger seidet, dann habt ihr zu verbieten den Kommunismus das Tragen soter Jacken mit dem Kompassstein, dann steht ihr das Sogebot des Tragens der neuen Uniform zu verbieten; dann steht ihr zu verbieten, daß sie Tirolerinnen tragen. Bei einer Erklärung, die ich gegenüber dem Reichsvertriebenen in einer Versammlung zum Standpunkt gebracht habe, habe ich gejagt: wie jemand eine Überzeugung zum Ausdruck bringt, ist mir gleichgültig, es kommt auf den Stand an, den er verfolgt. Wenn jemand eine Farbe heranzieht, so ist es fast etwas ganz anderes, als wenn er seine Überzeugung durch eine Farbe ausdrückt. Wenn ich nicht konsequent sein will, kann ich also nicht — nach der Behauptung der konservativen Parteien, die Kommunisten seien kommunistisch — auch die Bekleidung der Kommunisten verbieten will, so kann ich natürlich auch die anderen nicht verbieten. So liegen nach meiner Erfahrung die Dinge, daß man auch in ihnen Ausdrücken folgerichtig sein muß. Wenn Sie den Radikalismus führen können, daß ich in der Handhabung der Dinge konsequent gehalten bin, dann haben Sie ein Recht zum Trotz, wenn nicht, so muß ich es ablehnen, Kommunistische Farbenfassung zu nehmen.

Sieg. Dr. Eichert (Dsm.):

Die politische Situation, in der wir uns befinden, kann durch nichts deutlicher gesetzmässiger weisen als durch den Augenblick, den wir jetzt erleben. Der Dr. Minister des Innern lehnt die Befreiungswortung für den höher eingeschätzenden Wehrheitsbeschluß ab. Der Wehrheitsbeschluß wird gegen die Regierung ausfallen, und nun fragt es sich, ob die Folgeungen, die der Dr. Minister theoretisch geangestellt hat, auch von der Regierung praktisch gegeben werden. Das ist die entscheidende Frage. (Gehört natürlich bei dem Denk.) Was mögliche steht dahinter weiß ich nicht. Es ist wahrscheinlich, dass sie wir selbstverständlich für die Ordnung und Ruhe ebenso bestrebt sind wie die Regierung, um einen Normalzustand zu machen, doch wir aus politischen Gründen den Staat absichtlich gezwungen sind. Die Runde springt und dazu. Wir haben keinen Grund, kritisch allen Maßnahmen, die der Dr. Minister als Polizeiminister getroffen hat, zu widerstreiten, was er z. B. heute gezeigt und geprägt hat, hat durchaus unsere Zustimmung. Wir sind immer weit davon entfernt, der Polizei solcher unpendebaren Bedeutung zu machen, in Sonderheit, wie haben alle die Bevölkerung, der

digel wegen ihrer Hoffnung in all den schweren  
Dingen zu beraten und den Beamten unserer Ver-  
waltung aufzupassen. Wir gehen darin nicht  
irrt, wie es Dr. W. Müller tut, der die Kom-  
mission für Überflüssig erklärt. Wir sind jetzt  
doch nicht so weit, daß wir völlig gellärtige und  
geklärte Verhältnisse haben. Zu dieser Tage  
haben solche Stellen zweifellos ihre volle Be-  
rechtigung, und deswegen werden wir für diese  
Position eintreten. Unser Rückspruch richtet sich  
nicht gegen die Institution der Polizei, sondern  
gegen die Regierung, die durch ihren Minister  
gleicher Meinung ist: das können wir  
sehr verantworten — aber wir tun es doch,  
gegen Menschen mit uns mit ungemeiner Si-  
mmerung.

Ran hat zwar her Dr. Windfuhr — er hat gesagt, daß er's vergeblich tut — ich bemüht, die Teile davon zu überzeugen, wie unrecht handeln. Er hat, nach seines gewendet, all' Widerprüche aufzugeben, die angeblich rein liegen, daß man für die Polizei eintritt und doch den Staat attackiert. Politisch liegt natürlich kein Widerspruch vor. Wie tunten für den Staat ein, schmen aber tieke Negierung. Sie willt sie ab. Damit können wir doch nicht in Staat als solchen ab. Das sind Schändlungen, die sich als unmissverständlich erweisen. (Zwei bei dem Ges.: Weil Sie Demokrat sind?) Ich (noch leicht gereizt) müßte auch so handeln, wenn Sie demokratisch dächten und handelten. Auf bei dem Ges.: Wir haben eine außenpolitische Erfahrung von der Demokratie! Ja, aber eine falsche. Das Besondere, in welcher Haltung demokratische aufzutreten, sollte ich gerade Dr. Windfuhr erläutern, denn wenn wir ihn davon überredet machen, in welchen Widerprüchen sich durch die augenblickliche politische Lage, die ihm zum Minister gewählt hat, bestimmt zu einer falschen Auffassung, die er über die Kripo gehabt hat, wo er nach Abzugsschluß war, so könnte man noch viel weitergehende thermische feststellen. Es ist aber zweifellos, daß solche Widerprüche hinzukommen, weil ein Minister besteht, so es sich um fachliche Entwicklungen aber nur eine politische Entwicklung nicht.

Das Gemüthe der Regierung, nach lauff gesetzet, war von gleichem Schlige begleitet. Der minister wisch auch von dort abgelichtet mit seinem minnen. Er ließ sich nicht minnen es nicht ganz er erofft, er selbst bezeichnet das Verhalten der communisten als Theater. Auch wir haben kein Interesse, aber ein Teil der Regie ist jedem Theater hat der Lipinski selbst bei her in den Hand gehabt. Und das, meine ich, ist der Grund, der die uner Hoff und jene unerhofft allmählich unerträglich wird. (Schallung! bei den Dem.) Wenn es ihm also nicht gelingt, eine Mehrheit für solche Staatsverträge zu bekommen, kann hat die Regierung eben nicht die Mehrheit des Landes unter sich, die sie nach der Verfassung braucht. Das wird das Ergebnis dieser Abstimmung sein. Mir lehnes es ab, der Regierung den Vollzug zu bewilligen. (Beifall bei den Dem.)

## Vlg. Göring (Brandenburg):

Wir haben die Befrage über die Verhandlung der Polizei vom vorherigen abgelehnt und weigern der Aufholung zu, doch die Polizei den Fäden der Kommunikationsverbindungen hier gewisheit sei. Die Verhandlungen im unteren Verlauf der Zeit haben uns aber bestensweise dafür gesiegt, daß man die Ressource ausgenutzt hat doch mit Rücksicht auf die Verhandlung der Polizei gesuchert haben, und aus dem Gewebe hat meiste Funktion funktioniert, doch sie angeföhrt der Tatjahr, doch von jenen her läßt sie einwirken, denen wir uns später zu wenden wünschen, daß wir nunmehr soll, der Verhaftung der Polizei jedoch Städten, wie es begegnet ist, zuwenden. Was die Reaktion anzeigt, so hätte sie nicht erwartet, daß man heute schon der Untersuchung vorgelegt, welche man bisher in Soden am See eingenommen hat. Es ist reizendig, der mit einigen Worten das richtigzustellen, was der Vlg. Jüller meint hier zum Ausdruck bringt. Er hat die Dienstkonzeption für die Kommunale als offiziell nicht einschreibbar bezeichnet, weil den Kommissären des Rechts einschreibbar ist, das Konzept über die Bewegungen Sicherheitsstreitzen sowohl wie in den Kreisen der Bevölkerung von dort zu verschaffen, von wo sie aus immer bekannt werden können. Wenn es so möglich keinen Kontakt, bei den Sicherheitsverhandlungen bei Kontakt zu verhindern, so möchte Dr. Vlg. Jüller ohne weiteres mit der Tätigkeit der Kommunale einverstanden sein, aber lebhaft, weil man dabei verachtet hat, die Kommunale von Organisationen zu berücksichtigen, die die Nachtpatrouille gefordert haben, glauben Sie, daß die Kommunale bestmöglich werden müssen. Dr. Kollege Jüller hat weiter gefragt, ob ich in den Verhandlungen beschäftigt worden, daß die Kommunale nicht vorsichtig werden könnten, daß er nicht mehr vorsichtig seien, und es gut wäre, wenn diejenigen abgerückt wüssten. Mit den Verhandlungen des Untersuchungsbeamten ist auch Bezugnahme von bürgerlichen Beamten, insbesondere des Gen. Oberst a. D. Pape, nicht das möglichst, festgestellt worden, daß die Kommunale genau bei den wichtigsten und schweren Säumnissen konsequent ermittelt haben und

Nach einigen Ausführungen des Dr. Blücher muss ich gestehen, und zwar auf Grund seiner Haltung im Rassismus. Der Dr. Blücher hat im Deutschen Reich A proaktiv den Rassismus geprägt, den der Dr. Blümke im Januar bereits aufgedeckt hat. Er hat aber weiter noch gezeigt: grundsätzlich gehen wir auf den Standpunkt, dass von Regierungen wie von Soldaten und in Zusammenhang einer verfasste Rechte Soldat nicht in die Hand geht, und man kann damit ein Waffenstillstand gegen das Völkerrecht oder Zustimmung des Kriegsministeriums in die Spinde stellt. Das war für uns der beginnende Moment, um einsatzfrei feststellen zu können, nach welchem Gesichtspunkt und die entsprechenden Verfahren die Kräfte behandeln.

Es ist von den Kollegen Blücher auch die Frage des Generals Reichardt hier mit angesogen worden. Der junge Oberst a. D. habe auf die wiederholte Frage, ob der Gewerbeaufstand Reichards der Unfallungsgrund gewesen sei, zugegeben, daß diese Tatsache sehr wenig mit in Betracht komme.

Wenn nun erläutert werden soll, daß die sozialistischen Parteien, speziell die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten verschiedentlich ihre Flucht den Arbeitern gegenüber nicht getan haben, wie es bei Dr. Abg. Rennert ausdrückte, so muß ich sagen, wenn man vom 7. Dezember des Jahres 1920 bis auf den heutigen Tag die Verhandlungen sich vergeben lassen und wenn man einmal nachprüft, in welcher Form gerade die Kollegen des Hrn. Abg. Rennert ihre Arbeit umgestellt haben, so wird man annehmen müssen, daß sie ein ganzes Stützwerk mit uns gegangen sind, daß sie jedoch in letzter Zeit glaubten, auf ihre Macht noch außen posieren, an uns Forderungen stellen zu müssen, die wir mit aller Gewalt annehmen sollten. Wir lassen uns aber über die Maßnahmen, die wir im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig halten, nicht von dritter oder vierten Seite Vorschriften machen, sondern richten uns da nach unserem Parteiprogramm und prüfen, ob und inwieweit dieses dem Interesse der Arbeiterschaft im allgemeinen entspricht. Bei einiger Nachprüfung wird man anerkennen müssen, daß nicht wir, die sozialistischen Parteien und speziell meine Partei gegen die Interessen der Arbeiter fast vergangen haben, sondern daß im Gegenteil eine ganze Reihe von Maßnahmen hier nicht durchgeführt werden konnten, weil die Vertreter der kommunistischen Partei glaubten, es nicht mit ihrer Ausrichtung vereinbar zu können, sich mit uns in eine Linie zu stellen und mit uns auf einem Strang zu ziehen. Die Kommunisten tragen also selbst die Schuld, wenn nicht richtig im Interesse der Arbeiter gearbeitet werden konnte.

Um überlegen beantragen wir zu Kap. 48 ebenso wie zu einigen anderen Autogenen namentliche Abstimmung.

Abg. Dr. Herrmann (Dtsch. Sp.):

Ich unterstreiche zunächst die Ausführungen meines Fraktionkollegen Blücher, daß wir für die Polizei sind, daß wir für die Fachbildung der Polizei eintreten und daß wir für die wirtschaftliche Erhaltung und mit allen Mitteln einsetzen wollen, daß wir auch für Verstärkung des polizeilichen Schutzes sind, wo er gebraucht wird, daß wir aber dagegen sind, daß aus der Polizei in Sachsen ein sozialistisches Waffengesetz geschaffen werden soll für die jegliche sozialistische Regierung. Das müssen wir ablehnen. Eine Polizei darf nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt werden, denn sozialistischer Geist ist nach unserer Auffassung ein ganz einseitiger Geist, der im Klassenkampfgedanken verankert ist. Der Klassenkampfgedanke wird aber nicht einmal von der Mehrheitssozialdemokratie aufgegriffen. Wenn ein solcher Geist mit den Klassenkampfgedanken in die Polizei hineingetragen werden soll, dann ist es für uns ein für allemal ausgeschlossen, daß die Polizei zu einem Instrument gemacht wird, das die Interessen des gesamten Volkes zu schützen imstande ist. Dieser sozialistische Geist wird oft bemängelt damit, es sei der republikanisch-sozialistische Geist, den man haben wolle. Für uns besteht zwischen beiden ein großer Unterschied; wir können sie nicht identifizieren und gleichsetzen; für uns ist sozialistisch noch nicht wahrheitlich demokratisch. Das zeigt uns die sozialistische Regierung von Tag zu Tag immer wieder.

Wir wenden uns bei der Polizei vor allen Dingen gegen die Kommunisten, die tatsächlich eine besondere Einrichtung in Sachsen sind. Im Reiche werden sie am 1. Oktober verschwinden. In Thüringen sind sie auch nicht mehr da. Die Kommunisten sind ein unendliches Hindernis zwischen den Mannschaften und den Führern der Polizei. Das kann nicht gelegnet werden. Nach den Anklagungen, die die Regierung für die Kommunisten herausgegeben hat, muß man feststellen, daß tatsächlich ein Spitzelkult vorhanden ist. Es wurde dem Hrn. Minister Lipinski gezeigt, daß ich davon gesprochen hatte, man sollte die Polizei sozialistischen. Einen solchen Blödsinn habe ich niemals ausgesprochen; ich habe aber davon gesprochen, daß aus Gründen der Lehrpläne und Schriften, wie sie im sozialdemokratischen Unterricht gebraucht werden, die Methode nicht anders zu verstehen ist, als daß der sozialistische Geist, die sozialistische Welt und Lebensausfüllung in die Köpfe der Polizeibeamten hineingehämmert werden soll. Weiter soll ich gezeigt haben, in Reihen sollte eine sozialistische Beharrlichkeit eingestellt werden. Das ist mir im ganzen Leben nicht eingefallen. Ich habe gesagt, die Regierung tägt sich mit dem Plan, in Reihen eine Polizeischule zu errichten, und dort wird die Hauptstelle sein, den sozialdemokratischen Unterricht im Sinne der polizei-dogmatischen Richtung, von der die Regierungsvorsteher heute in Sachsen getragen werden, in die Schüler hineinzubringen, und ich habe gesagt, das können wir nicht machen. Man soll mir doch also nicht andere Worte unterlegen, als ich gesagt habe.

Dann ist gezeigt worden, daß in der Polizei heute noch viel reaktionäre Offiziere vorhanden waren. Das betonte Dr. Abg. Rennert. Wir haben bei der Untersuchung in Chemnitz nicht einen Fall feststellen können. (Abg. Schmitz: Lieutenant Schulte!) Lieutenant Schulte ist sofort aus der Polizei bestellt worden, und damit war die Reinigung der Polizei in Chemnitz vollzogen.

Gestern habe ich mich über den Ausdruck des Hrn. Ministers Lipinski, daß er sagte, in einer Versammlung kann jeder Staatsbürger seine Meinung frei äußern. Ich würde mich noch mehr gefreut haben, wenn er gesagt hätte: Es muß auch jeder Redner und jeder Abgeordnete in einer Versammlung den nötigen polizeilichen Schutz haben. Was wir heute erleben, spricht allerdings dagegen. Wenn ein kommunistisches Aufgebot den Sozialbestand und wenn ein Abgeordneter der kommunistischen Fraktion unter diesem kommunistischen Aufgebot ist, so ist es

sehr leicht und billig, den Sieg zu erreichern gegen einen Debattierer, dem man das Schild an den Kopf schmeißt und dem man Rednerrechten sagt, die aufsichtlich widerstehen. Da muß ich sagen: Wo bleibt der gesetzliche Schutz eines Abgeordneten oder Redners, mag er von links oder rechts sein? Ich würde mich freuen, wenn in irgend einer Versammlung hier etwas geschieht. Da müßte eigentlich sehr bald einmal eine Verbrennung eintreten werden. (Abg. Rennert: Stein, Stein! — Zurul bei dem Kom.: Wir fühlen uns ja ganz wohl!)

Dann legte der Hrn. Minister Lipinski, infolge der großen Teuerung und Verarmung welche es möglich sein, daß es zu ingewöhnlichen Verhältnissen und Zuständen der Arbeiterschaft käme, und er versuchte zu erklären, daß das eine Folge der sozialistischen Staatpolitik sei. Da möchte ich doch hoffen, mit welcher Aussichtlichkeit die ganze Frage begründet wird. Wir wissen, daß wir die ganze Teuerung niemand weiter zuschreiben haben als dem Feindbund durch den Friedensvertrag von Versailles. Das Reich darf keine Zustände mehr zu ertragen geben, und so ist es ebenfalls verständlich, daß eine noch größere Teuerung eintreten könnte. Hätten wir den Friedensvertrag von Versailles abgelehnt, hätten wir nicht die Staatsschulden der sozialistischen Staatpolitik getrieben, so wären wir nicht in das Land dieser Zeit eingekommen. Über hier eine Politik für die Arbeiter zu machen, das ist eindeutig und logisch. Das auch Baudenktwig jetzt auf die Weltmarktpreise gekommen ist, das können Sie keinem verübeln. Warum soll eine Schicht zurückbleiben und die anderen

zu arbeiten. Das, was der Hrn. Minister Lipinski gezeigt hat, ist der Standpunkt eines guten Demokraten, der zu der Partei des Hrn. Dr. Dehs gehört, aber nicht zur Partei der Arbeiterschaft. Das ist eine Schädigung der Arbeiterschaft.

Sie möchte dann noch ausdrücklich hervorheben, daß die Meinung, die wir in unserer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, die Auffassung der Kommunistischen Landtagsfraktion, der Kommunistischen Partei von Sachsen und auch der gemeinsamen Kommunistischen Partei überhaupt ist.

Dann hat der Hrn. Minister Lipinski gezeigt, daß die Kommunisten im Abschluß bei der Beratung über die Gemeindebereinigung mit den bürgerlichen Parteien zusammengegangen waren. Ich kann das nicht widersprechen lassen. Es ist lediglich ja, daß durch die Unlogiktheit des Vorgetragenen ist, die Auffassung es den Bürgerlichen möglich gewesen ist, die Abstimmung so zu handhaben, daß wir ebenfalls die Regierungsvorlage ablehnen müssen, weil nicht genügend über die Abstimmungsergebnisse abgestimmt wurde. Es ist das also nichts weiter als eine Motivation, der Öffentlichkeit aufzudecken zu wollen, daß die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien zusammengegangen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Liebmann (Unabh.) auf die letzten Ausführungen des Vorredners und dem Schlusssatz des Berichterstatters Gastau (Soz.), der auf die Ausführungen der einzelnen Debattierer kurz eingeht, wird zunächst der Auschlußantrag I über den Rechenschaftsbericht angenommen.

Zum Staatshaushaltspolitik 1921 werden Kap. 47, 47a, 47b und 49 nach den Auschlußanträgen II unter a angenommen, Kap. 48 abgelehnt, ebenso die Minderheitsanträge Nr. 1 und 2, und zwar Nr. 1 zugleich für 1922.

Zum Staatshaushaltspolitik 1922 wird Kap. 47 nach dem Auschlußantrag II unter b Nr. 3 angenommen, § 3 des Gesetzentwurfs über den Staatshaushaltspolitik auf das Rechnungsjahr 1922 nach dem Auschlußantrag II unter b Nr. 4 mit den Minderheitsanträgen Nr. 6 unter a und b abgelehnt; ebenso Kap. 47a abgelehnt. — Die Abstimmung über den Minderheitsantrag Nr. 6 unter b 1 hatte sich durch Ablehnung des Minderheitsantrags Nr. 6 unter a erledigt. — Kap. 47b wird nach den Auschlußanträgen II unter b Nr. 2 und 3 angenommen, Minderheitsantrag Nr. 1 hierzu abgelehnt, Kap. 48 Tit. 1 in nominaler Abstimmung mit 47 Stimmen der Linken gegen 48 der Rechtsparteien angenommen, die übrigen Einstellungen bei Kap. 48 aber mit 55 Stimmen der Rechtsparteien und der Kommunisten gegen 88 Stimmen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen abgelehnt. Die Abstimmung über Minderheitsantrag Nr. 6 unter b 2 hatte sich durch die Ablehnung des Minderheitsantrags Nr. 6 unter a erledigt. — Kap. 47 wird nach dem Auschlußantrag II unter b Nr. 8 angenommen. Von den Entschließungsanträgen werden die Minderheitsanträge Nr. 4 und 7 abgelehnt, dagegen die Auschlußanträge unter III Nr. 1, 2 und 3 angenommen, endlich die Auschlußanträge zu den Eingaben unter IVa und b angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 58 (Armenkrankenpflege und sonstige Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt) des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie über Kap. 58 Abt. A und B der ordentlichen Staatshaushaltspolitik auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 (Wohlfahrtspflege und Fürsorgeerziehung) und über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 277) und Punkt 3, Anfrage des Abg. Ebert u. Seu., die Behandlung von Fürsorgeerziehungen betreffend. Drucksache Nr. 529 werden zusammen behandelt.

Die Anfrage Nr. 529 lautet:

Zu Nr. 3 des „Kämpfer“ vom 4. Januar 1922 befindet sich folgende Note:

„Vierjährige Kinder in Sachsen.“

Ein Beitrag zum Kapitel „Kinder in Not“.

Ein erschütterndes Bild sozialen Elendes bot sich am Dienstag, den 8. Januar nachmittags den Besuchern auf dem Bahnhof Güterbahnhof (Bremen). 3 Begründer des Hochspannkraft Johann Georgsstadt Prinzip von 9 bis 12 Jahren, die sich vornehmlich in fahrlässiger Schwund nach Eltern und Geschwistern aus der Nachbarschaft entfernt hatten, erwarteten ihren Radtransport durch einen Kutscher und den Kutscher. Mit Ketten zusammengebunden, in leichter Kleidung, vor Kälte und Hunger zitternd, standen sie da, während die Angst vor dem lieblichen Empfang, der sie erwartete, deutlich auf dem kleinen Gesichtern zu lesen war.

Was der Vorgang der Regierung bekannt? Hat sie sofort die dringend notwendige Unterstützung eingerichtet? Was hat sie zur Bekämpfung der an diesem Bereich sozialen Schändungen getan?

Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um in Zukunft denselben Missgrüngang zu verhindern?

Zu Punkt 2 erhält das Wort

Berichterstatter Hrn. Abg. Büttner (Soz.).

Die erste Auschlußberatung dieses wichtigen Kap. 58, die Wohlfahrtspflege und Fürsorgeerziehung betr., hand am 21. Februar statt. Darauf wurden von mir bedeutende Erhöhungen der

zweite Ausschusssitzung fand am 8. März statt, die beide Beratung am 24. März. Danach wurde das Kapitel wieder zurückgestellt bis zur Beratung von Kap. 20, das die Steuerdeckungsfrage behandelt. Inzwischen kam eine Sitzung, in der uns ein vertraulicher, sehr schwanzgeschützter Steuerexperte des Herrn Finanzministers nach dem Stande vom 3. April gegeben werden sollte. Darauf fand die vierte Beratung am 5. April statt, in der die vorliegenden Beschlüsse gefaßt worden sind. Sie eben also, daß wir uns in langen Monaten und in langen Beratungen mit diesem Kapitel beschäftigt haben und daß wir dazu schließlich noch lange hin und her zu den Erhöhungen gekommen sind, die nun heute mit 3.065.000 M. vorgeschlagen werden. Ausgesprochen ist auch das Deckungskap. 20 im Ausschusssitzung verabschiedet worden; letzten Dienstag, den 18. Juni ist in Tit. 6, Anteile Sachsen an der Reichsinfrastrukturkasse und Röverkeitskasse statt der 500 Mill. jetzt 750 Mill. M. eingezahlt worden. Auch im Nachtragsetat stehen schon wieder 270.000 M. für dieses Kapitel. Trotzdem halten wir die dringende Erwartung, daß im Nachtragsetat diese Summe von der Regierung weiter erhöht wird, und wir haben deshalb davon abgesehen, am letzten Dienstag, nachdem uns die erfreuliche Mitteilung gemacht worden war, nochmals die Einstellungen zu diesem Kapitel zu erhöhen.

Bei einem Vergleich mit Bayern, das ja sogar ein Ministerium für sozialen Fürsorge hat, möchten wir ja recht gut ab. Bayern hat im letzten Jahre im Etat ähnliche Erhöhungen vornehmen müssen. Die Regierungsvorlage forderte 590.000 M. und schließlich wurden in den Beratungen 2.600.000 M. eingezahlt, während wir 3.065.000 M. anfordern. Ich möchte dabei aber nochmals betonen, daß wir es als eine außerordentlich profitable Geldverwertung des Staates betrachten, wenn wir in der Wohlfahrtsfürsorge vorbeugen und hellend vorgehen. Unzählbar ist ja die Beispiele, wo mangelnde Fürsorge und Sparzwecke beginnen sich schwer rück durch ein kriminelles Nachwesen der Kosten, die ausgeworfen werden an verformte Menschen, wo es sich dann meist in einem erheblich belasteten Nachwuchs äußert.

Das liegt in der heutigen Zeit um so mehr ab, mit ausgelösterer Aktivität und aus echter sozialer Erfüllungserwartung heraus aus dem Extremismus heraus, der uns überlassen ist, eine große und umfassende Organisation in sozialer Beziehung aufzubauen, die alle bedürftigen Kinder unserer Wohlfahrtsgemeinschaft zu erlösen und ihnen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen sucht.

Der erste Titel von Kap. 58 behandelt die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge einschließlich des Winterschutzes. Wenn wir bedenken, daß von zwei Millionen Säuglingen in Deutschland im ersten Jahre wieder 551.000 zugrunde gehen, daß also täglich 1000 Säuglinge sterben, daß täglich 1000 Geburten von deutschen Frauen umsonst geleistet werden, so ist das eine wahnunsmäßige Kräfteverschwendungen im Sinne der Menschenökonomie. Dieser Tit. 1 umfaßt organisatorisch sämtliche Mutterberatungsstellen im Sachsen, Schwangeren- und Mutterberatungsstellen im Kinderkrippen- und -gästen. Die 13 Mill. M. für Mütterfürsorge, die wir, als die 25 Mill. M. für Kindermittel bewilligt worden sind, bewilligt haben, sind durch diesen Titel durch die Mutterberatungsstellen mit verteilt worden. Für diese Müttersicherungen an die gelegneten Mütter waren also für das Jahr 1921 18 Mill. M. eingezahlt und für 1922 je 500.000 M. Dazu kommt die Summe aus der Lingenier-Stiftung. Wir haben im Ausschusssitzung durchgesetzt, daß sie auf 600.000 M. erhöht werden.

Tit. 2 umfaßt die Jugendwohlfahrt. Dafür sind 75.000 M. eingezahlt. Wir haben gestern im Reichstag die zweite Lesung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes erlebt und aus den Berichten erscheinen, daß in § 1 die wichtige Fassung angenommen worden ist:

Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Errichtung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tätigkeit.

Augleich ist aber auch im Reichstage mit Recht bewilligt worden, daß man mit 100 Mill. M. die Durchführung dieser Forderung erzielen könnte. Durch den Bruch der bürgerlichen Parteien, die plötzlich anders stimmten, ist dieses Gelehrt hinausgeschoben worden, so daß es erst am 1. April 1925 in Kraft treten wird, ja der bemerkenswerte § 71 des Gesetzes, der einen Erziehungsausschus für die Fürsorgebedürftigen vorstellt, soll sogar erst am 1. Januar 1927 in Geltung kommen. Wir bedauern das außerordentlich. Inzwischen können wir die Befreiung, die die Jugendwohlfahrt betreibt, nicht vollständig zugrunde geben lassen. Es sind 198 Klauberhöfe, die in Sachsen in Frage kommen, 142 Vereine, 37 Schulgemeinden und 14 Kirchengemeinden. Es muß im Nachtragsetat hierfür noch etwas getan werden. Die kolossalen Summen, die in der Abteilung B eingezahlt sind, könnten zum Teil erpart werden, wenn man vorbereitete Tätigkeiten ausführen würde, und das gehört in diesen Titel.

Im Tit. 3, Tuberkulosenfürsorge, ist mit 50.000 M. eingezahlt und für das Jahr 1922 sind 600.000 M. Diese Summe haben wir auf 650.000 M. erhöht. Wir freuen uns, daß die Wohlfahrtspfleger genehmigt worden ist und aus diese Weise Gelder hereinkommen. Eine Eingabe vom Sachsischen Heilfamilienverein, der um 250.000 M. bittet, haben wir an die Regierung zur Verabsichtigung überreicht, wissen aber noch nicht, wie die Geldmittel hereinkommen werden.

Titel 4, Krüppelfürsorge, ist mit 200.000 M. eingezahlt. Wir haben die Summe auf 225.000 M. erhöht. Auch hier wird die Regierung wahrscheinlich in einem Nachtragsetat noch weitere Summen fordern müssen.

Ein außerordentlich wichtiger Titel ist Tit. 4a, die Geschlechtskrankensfürsorge, die im Jahre 1921 bloß mit 50.000 M. eingezahlt war und für 1922 mit 200.000 M. Diese Summe haben wir auf 300.000 M. erhöht. In Sachsen haben wir das gut organisiert. Wir haben 11 Beratungssäle, die in den letzten Jahren 17408 Fälle bearbeitet haben. Das Heilberufshaus ist in 2244 Fällen eingezahlt worden und kostete fast 2 Millionen, die allerdings von der Landesversicherungsanstalt Sachsen freiwillig übernommen worden sind.

Eng verbunden mit Tit. 4a ist die Geschlechtskrankensfürsorge, die wir im Ausschusssitzung angeregt haben. Wir dankten zuerst daran, einen Tit. 4b mit der Mittelbewilligung dafür einzurichten, da ja die Geschlechtskrankensfürsorge nicht nur hygienisch zu betrachten ist, sondern einen sehr starken ethischen Einschlag haben muß. Im Plenum hatten wir bei Behandlung des Antrages über den Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre saugemäßige Ausführung fördern.

Tit. 13 bringt 1.500.000 M. für einen außertypischen Zuschuß des Freistaats Sachsen für die Kosten der Verteilung der ausländischen Kleidergaben, fünfzig wegfallend. Diese Kosten werden zwangsläufig reguliert und haben bei ungefähr 50 Mill. M. Wert der Gaben des Auslandes im Jahre 1921 1.500.000 M. betragen. 1922 betragen sie leider nur noch 500.000 M. Daraus sehen wir, daß eine sehr bedeutende Verminderung der ausländischen Gaben eingesetzt ist, und hier müßte allerdings der Antrag des Abg. Schneller betreffs der Schulindustrieung berücksichtigt werden. Wir werden diesen Antrag später noch zu behandeln haben.

Als letzter Titel der Abteilung A sind 25.000 M. für die Hygieneische Volkslehrleitung eingezahlt; die Summe ist bei den jetzigen Deutschen Lehranstalten viel zu gering, wenn sie auch nur einen Zuschuß an den Landeskundschul für hygienische Volkslehrleitung darstellt, der mit dem National-Hygienic-Museum zusammen geht. Es gibt Werksläden heraus, er will jetzt zwei Filialen laufen lassen für hygienische Volkslehrleitung, veranstaltet Ausstellungen und Vorlesungen usw. Wir würden uns freuen, wenn im Nachtragsetat hierfür noch eine Einzelung gemacht wird.

In der Vorlage Nr. 81, also in dem Etat für 1922, finden wir dann noch den Tit. 13 mit einer Ausgabe von 30.000 M. für das Landeskundamt für Wohlfahrtspflege, das den organisatorischen Zusammenhang der amtlichen Wohlfahrtspflege darstellt. Dieses Landeskundamt ist auf Grund von § 3 der Ausführungsvorordnung vom 4. Februar 1919 (Geley- und Borsigordnung, S. 19) zum Gesetz über die Wohlfahrtspflege vom 30. Mai 1918 beim Ministerium des Innern gebildet worden und gibt jetzt auch Bildung für Wohlfahrtspflege heraus. Der Arbeit des Landeskundamts verfolgt hat, muß durchaus seine Anerkennung für die Art aussprechen, wie das Landeskundamt bis jetzt organisatorisch zu arbeiten bemüht ist, so daß, wenn ihm größere Mittel zur Verfügung stehen, doch die Hoffnung besteht, daß wir eine Durchorganisation der Wohlfahrtspflege im ganzen Lande im nächsten Jahre zu gewährleisten haben.

Damit läuft ich zu Abteilung B, Fürsorgeerziehung, die nur den einen Titel hat.

Die Summe war für 1920 mit 1 Mill. angelegt; sie betrug im Jahre 1921 bereits 7.280.000 M., und 1922 ist sie auf 8.207.000 M. geplante, was aber nicht einmal anstrengend sein wird, da die Summen, die die Bergpflege in den Anstalten entrichten, sich zwangsläufig durch den Bauaufstand erhöhen werden. Hier möchte ich meinen eingesang erwidern, Hinweis anerkannt wissen, daß jede Erziehungsunterstützung bei weitem rentabler und parativer ist und die Verhüttungsarbeit durchaus in den Begründung zu schaffen ist. Über das Fürsorgevermögen an sich haben hier im Ausschusssitzung längere Debatten stattgefunden. Es ist uns verschiedenes Ohrn gekommen, was auf Wohlstand deutet. So wurden im Ausschusssitzung vorgebracht über schlechte Behandlung des Höglings, z. B. im Marienhospital bei Döbeln (die Alten sollen noch beim Gericht sein), dann in Sayda und schließlich 10- bis 11-jährige Kinder aus Johanngeorgenstadt von 8 bis 10 Jahren gezeigt, welche geschafft worden sind; das wäre natürlich jeder pädagogischen Behandlung widersprüchlich, wenn es sich beweisen würde. Schie wichtig ist auch, daß die weitere Betreuung des Höglings, nachdem er eventuell aus der Anstalt entlassen worden ist, nicht aufhört, und da wäre das erwünscht, daß sich genügend Kräfte hierbei zu Besitzung stellen, die mit Liebe und Ausdauer als Fürsorger und Fürsorgerinnen diesen jungen Menschen weiter bewachen und die, wenn möglich, aus dem Milieu des Höglings hervorgegangen sind, so daß sie ihn gut verstehen und auf ihn einwirken können. Ich glaube, daß man durch den Ausbau vor allen Dingen der Familienpflege, durch Durchführung der Nachsorge und durch Berufsbildungsarbeit vieles erreichen könnte. Man hat da auch einen Punkt mit in die Hochschule gemessen, daß eine größere Kostenzurückhaltung passieren müsse, da ja die Eltern der Fürsorgebedürftige auch zu Hause diese Kinder ernähren möchten und folglich auch in den Anstalten mehr bezahlen müßten als sie es tun. Allerdings wird dadurch die Arbeit in den Anstalten noch mehr erschwert, weil dann die Eltern noch gereizter gegen die Anstalten werden und ihre Kinder, auch wenn sie durchaus noch nicht so ergogen zu betrachten sind, wieder heraus haben wollen.

Schließlich haben wir in der Abteilung C, Kleinrentnerfürsorge, das steht allerdings nicht mit im Antrag darin, aber ich möchte es doch erwähnen — die 5 Millionen einfach benötigt, die für 1921 bereits am 24. Juni z. B. bewilligt worden sind. Für 1922 haben wir eine neue Regelung nicht vorgenommen, sondern dem Nachtragsetat überlassen wollen, weil da noch sehr ungelüste Verhältnisse sind. Das Reich wird für nächstes Jahr 200 Millionen zur Verfügung stellen unter gewissen Bedingungen, daß das Land einen gewissen Anteil dann auch zu übernehmen hat. Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen:

1. bei Kap. 58 des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919

die Überschreitungen nach der Vorlage zu genehmigen;

2. bei Kap. 58 Abt. A, B und C der ordentlichen Staatshaushaltspolizei

a) auf das Rechnungsjahr 1921

die Einstellungen nach der Vorlage Nr. 80 zu genehmigen und als unbedenklich übertragbar zu erklären,

b) auf das Rechnungsjahr 1922  
die Einstellungen in Tit. A

|            |            |
|------------|------------|
| Tit. 1 auf | 600.000 M. |
| • 2        | 150.000 "  |
| • 3        | 650.000 "  |
| • 4        | 325.000 "  |
| • 4a       | 200.000 "  |
| • 5        | 730.000 "  |
| • 6        | 80.000 "   |
| • 11       | 230.000 "  |

zu erhöhen und im übrigen die Einstellungen bei Kap. 58 Abt. A und B nach der Vorlage Nr. 81 zu genehmigen;

3. die Eingaben

a) des Sachsischen Heimatvereins für Lungenerkrankte,

b) der Leipziger Rentale für Jugendfürsorge

der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

die übrigen Eingaben auf sich beruhnen zu lassen.

Im Ausschusssitzung wurde noch folgender Minderheitsantrag der Kommunisten gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

für den ordentlichen Staatshaushaltspolizei auf das Rechnungsjahr 1922 bei Kap. 58 Abt. A folgende Erhöhungen der Einstellungen vorzunehmen:

|  |           |
|--|-----------|
| bei Tit. 1 von 500.000 auf 1.000.000 M., |           |
| • 2                                      | 76.000 "  |
| • 3                                      | 600.000 " |
| • 4                                      | 300.000 " |
| • 4a                                     | 200.000 " |
| • 5                                      | 700.000 " |
| • 6                                      | 60.000 "  |
| • 11                                     | 130.000 " |

Diesen Minderheitsantrag bitte ich abzulehnen.

Zur Begründung der Anfrage Nr. 529 erhält das Wort

Abg. Schneller (Kom.):

Auf unsere Anfrage vom 19. Januar, Drucksache Nr. 529, in, soweit uns nachträglich bekannt wurde, am 1. April von Seiten der Regierung an das Landtagspräsidium eine Antwort eingegangen. Leider hielt der Dr. Landtagspräsident die Angelegenheit nicht für so wichtig, daß sie auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung gestellt werden konnte. Es ist auf unseren nachträglichen Widerspruch hin es geschehen, daß diese Sache behandelt wird. Es war der Meinung, es handle sich hier um einen Einzelfall, während wir aus den Erfahrungen, die jederzeit mit solchen Fürsorgeangehörigen gemacht worden sind, glauben, daß es sich hier nur um einen Ausdruck der Landeskundlichen Aufstände in diesen Anstalten überhaupt handelt. Gerade dieser Vorfall müßte der Regierung zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, in die Dauerlichkeit der einzelnen Fürsorgeanstalten hinzusehen, und wir müssen schon sagen, die Art, wie von Seiten der Regierung vorgegangen ist, widerstreitet dies. Es handelt sich um drei Knaben im Alter von 9—12 Jahren, und zwar sind sie aus Werbau und Steinpleis bei Werbau. Ich befam dieser Tage einen Brief, worin die Mütter sich darüber beklagen, daß sich genügend Kräfte hierbei zu Besitzung stellen, die mit Liebe und Ausdauer als Fürsorger und Fürsorgerinnen diesen jungen Menschen weiter bewachen und die, wenn möglich, aus dem Milieu des Höglings hervorgegangen sind, so daß sie ihn gut verstehen und auf ihn einwirken können. Ich glaube, daß man durch den Ausbau vor allen Dingen der Familienpflege, durch Durchführung der Nachsorge und durch Berufsbildungsarbeit vieles erreichen könnte. Man hat da auch einen Punkt mit in die Hochschule gemessen, daß eine größere Kostenzurückhaltung passieren müsse, da ja die Eltern der Fürsorgebedürftige auch zu Hause diese Kinder ernähren möchten und folglich auch in den Anstalten mehr bezahlen müßten als sie es tun. Allerdings wird dadurch die Arbeit in den Anstalten noch mehr erschwert, weil dann die Eltern noch gereizter gegen die Anstalten werden und ihre Kinder, auch wenn sie durchaus noch nicht so ergogen zu betrachten sind, wieder heraus haben wollen.

Wir wissen aber, daß nicht nur in dieser Anstalt, sondern auch in anderen Anstalten furchtbart verschuldet wird, daß auf der anderen Seite ein sehr hohes Maß von Arbeitsverlangen wird und daß Essen unter aller Kritik ist. Diese Ercheinungen, die nicht vereinzelt sind, lassen doch die Notwendigkeit klar erkennen, daß von den Erziehungsvereinen unabdingbar diese Befugnis, schwer erzielbare Kinder überhaupt zu übernehmen, weggenommen werden muß und daß die Erziehungsform unter öffentlicher Kontrolle zu stellen ist. Ich warte die Antwort, die heute die Regierung gibt, ab, um näher auf den Fall in Johanngeorgenstadt einzugehen. Jedenfalls hat man in der ersten Antwort nicht untersucht, welche Zustände die Kinder überhaupt veranlaßt haben, aus der Anstalt zu fliehen, so daß dies bestimmt Gründe dazu gehabt haben. Es handelt sich um drei Knaben im Alter von 9—12 Jahren, und zwar sind sie aus Werbau und Steinpleis bei Werbau. Ich befam dieser Tage einen Brief, worin die Mütter, auch wenn sie durchaus noch nicht so ergogen zu betrachten sind, wieder heraus haben wollen.

Wir wissen aber, daß nicht nur in dieser Anstalt, sondern auch in anderen Anstalten furchtbart verschuldet wird, daß auf der anderen Seite ein sehr hohes Maß von Arbeitsverlangen wird und daß Essen unter aller Kritik ist. Diese Ercheinungen, die nicht vereinzelt sind, lassen doch die Notwendigkeit klar erkennen, daß von den Erziehungsvereinen unabdingbar diese Befugnis, schwer erzielbare Kinder überhaupt zu übernehmen, weggenommen werden muß und daß die Erziehungsform unter öffentlicher Kontrolle zu stellen ist. Ich warte die Antwort, die heute die Regierung gibt, ab, um näher auf den Fall in Johanngeorgenstadt einzugehen. Jedenfalls hat man in der ersten Antwort nicht untersucht, welche Zustände die Kinder überhaupt veranlaßt haben, aus der Anstalt zu fliehen, so daß dies bestimmt Gründe dazu gehabt haben. Es handelt sich um drei Knaben im Alter von 9—12 Jahren, und zwar sind sie aus Werbau und Steinpleis bei Werbau. Ich befam dieser Tage einen Brief, worin die Mütter, auch wenn sie durchaus noch nicht so ergogen zu betrachten sind, wieder heraus haben wollen.

(Fortsetzung in der Folge)

hat, wo Männer sehr glänzende Erfahrungen gemacht hat, was aber ancheinend der Realität nicht genügt war, so daß man aus formellen Gründen ihm keine Aufsicht wogt und auch dort jetzt eine Hölle für schwer Erziehbare ausgeschöpft hat. Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit gerade hierauf aufmerksam gemacht wird, damit dieser erzieherisch-karistologischen Erziehung, die in diesen Fällen bestrebt sind, die Maske vom Gesicht genommen wird. (Sehr wichtig bei den Kom.)

#### Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält

Minister des Innern Lipinski:

M. D. u. H.! Der hr. Fragesteller hat die Frage vorgelegt, ob solcher Vergang der Regierung natürlich nicht bekannt, sondern sie sind erst durch die Publikationen bekannt geworden, weil die Regierung ja auf diese Dinge überhaupt keinen Einfluß hat. Es ist eine private Stiftung für Johanngeorgenstadt, die nur der Kreischaupräfekt als Aufsichtsbehörde untersteht und die von einem Schultheiß geleitet wird. Der Regierung ist also der Vorgang an sich nicht bekannt gewesen. Aber die Regierung hat, nachdem dieser Vorgang öffentlich behandelt worden ist, sofort die notwendigen Untersuchungen angeordnet, und da hat sich herausgestellt, daß die Böblinge so abgesetzt haben, daß die Böblinge geflüchtet und wieder eingekerkert worden sind. Die Böblinge sind übrigens nicht neun und elf Jahre alt, sondern zwei sind 13 und einer elf Jahre. Den Transport der Böblinge hatte ein Fürsorgeleiter, der verschwunnen ange stellt worden war, übernommen, und er hat die Böblinge alterdings gefestigt und sie dann in Zawier im gelegten Bahnhofszimmer dem Bahnpostinspektor zwei Stunden lang zur Aufbewahrung gegeben, um seine Angehörigen zu besuchen. Dieses Verfahren ist natürlich unzulässig und auch unpädagogisch, und der Pfleger ist aus dieser Anstalt entlassen worden. Damit ist dieser Fall als Einzelfall meiner Aufsicht noch erledigt.

Der hr. Antragsteller hat aber noch eine zweite Frage angeschlossen, die die Art der Verpflichtung und der Bezahlung berührt. Wie in allen jütl. Fällen ist natürlich der Ratung das Material nicht vorgelegt worden. Das hat der hr. Abgeordnete Schneller eben erachtet. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die Kreischaupräfektur noch diesem Bescheid, der aus dem Monat März vorliegt, zweimal — im Januar und im Februar — eine Besichtigung der Anstalt vorgenommen hat, die in Bezug auf Beobachtung, Beliebung, sonstige Verpflichtung, Gesundheitszustand, die Beschulung und die Bezahlung der 68 männlichen und 13 weiblichen Böblinge zu durchaus befriedigenden Einstellungen geführt hat. Das ist des Unterrichtungsberichts.

Aber die neu vorgebrachten Beschwerden kann ich natürlich keine Angaben machen. Über den Fall selbst sind weitere Erhebungen ange stellt worden — es ist ein drittes Altersstück darüber angewachsen —, es ist also von der Regierung das getan worden, was notwendig war. Auch die Regierung vertritt die Auffassung, daß die Fürsorgeerziehung nach pädagogischen Grundlagen durchgeführt werden muß.

Auf Antrag des Abg. Schneller (Kom.) wird die Besprechung der Anfrage be schlossen. Zur gemeinsamen Besprechung der Anfrage und des Kap. 58 erhält zunächst das Wort

Abg. Dr. Hertwig (Dtsch. Sp.):

Ramens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir für die Auschlußanträge stimmen werden. Natürlich hätten auch wir gerne gesehen, daß für die einzelnen Titel höhere Summen hätten eingesetzt werden können — wir haben ja im Auschuß deshalb lange Verhandlungen gehabt —, aber bei der ablehnenden Haltung des Finanzministeriums war es leider nicht möglich, mehr zu erreichen. Wenn wir aber unsere Anträge, die wir im Auschuß gestellt hatten und die sich mit denen der Frau Berichterstatterin im wesentlichen decken, beschieden waren als die der Kommunisten, so deswegen, weil der Staat allein ja nicht der Hauptträger der Kosten sein kann, sondern auch die Gemeinden, die freien Organisationen, die private Liebesfähigkeit hellend eingespielen müssen, wie das ja immer schon getan haben. Seidem wir in Sachen allerdings das Gesetz für Wohlfahrtspflege haben, sind wir der Ansicht, daß der Staat nur auch in höherem Maße die Pflicht hat, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Wir hoffen deshalb, daß im nächsten Jahre bei der Einstellung für die einzelnen Titel das Finanzministerium weniger sparsam sein wird.

Wir haben schon im Auschuß darauf hin gewiesen, daß, wenn es sich um arme, kranke, hilfsbedürftige Menschen, um die Fürsorge für die Jugend handelt, das Sparmaßprinzip einmal durchbrochen werden müßte. Es geschieht ja so oft an anderen Stellen. Aber hier steht es fest, daß das Finanzministerium hartnäckig ist. Wenn der Staat zu geringe Mittel zur Verfügung stellt, dann werden eben die Kosten für die Gemeinden zu groß. Auch die Leistungsfähigkeit der Vereine, der Organisationen, ist nur eine beschränkt, und so muß doch in diesem Falle der Staat auch etwas machen tun.

Die Erhöhung für Säuglings- und Kleinkinderpflege auf nur 100 000 M. z. B. wird für das nächste Jahr bei der fortschreitenden Geldentwertung bei weitem nicht genügen. Auch die jetzige Einstellung für die Tubercolose-

behandlung wird nicht gereichen. Der Kongress für Kinderfürsorge, der in der vorher Woche hier stattgefunden hat, hat mir ja erneut gezeigt, daß auch auf diesem Gebiet noch sehr viel geschaffen muß. Ebenso wird der Rückbau der Reichslehrkonsolidierung, die ja noch dem Zustitutivum des Reichsgerichts zur Bekämpfung der Wehrschulkrankheiten eigentlich wichtiglich geregelt ist, eine hohe finanzielle Unter stützung erfordern. Es ist anzusprechen, daß hierfür außer den Betreuungskassen auch Plegia kasse eingerichtet werden, die selbständige und womöglich staatlich sind.

Dann noch einige Worte zu Tit. 12, Verteilung von ausländischen Liebesgaben für das laufende Jahr! Dieser Auschuß ist ja sehr eingeschränkt worden und soll künftig ganz wegfallen, weil, wie die Regierung sagte, die amerikanische Mission ihre Tätigkeit einstellen will. Dabei hat und aber die Regierung die erwartete Sicherung gegeben, daß das von den Amerikanern angefangene Hilfswerk in Deutschland und auch in Sachsen weiter ausgebaut werden soll, so daß die Schulversorgung für bedürftige Kinder dann einen notwendigen Teil der Jugendwohlfahrtspflege bilden wird. Ich möchte dabei noch zum Ausdruck bringen, daß so viel als möglich auch die unterernährten schwachen Kinder in den Kindergärten, in den Erholungsstätten und Ferienkolonien mit berücksichtigt werden. Gestern hat das Reich das große Wohlfahrtsgebot verabschiedet. Darauf werden den Ländern ja mehr Mittel zugetragen. Es wird übrigens nicht, wie die Frau Erzieherin sagte, 1925, sondern 1924 in Kraft treten. Es ist zu hoffen, daß von der Summe, die Sachen für die Jugendpflege und Wohlfahrtspflege im allgemeinen zufließen, auch ein Teil für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung genommen wird. Dann haben wir gestern aus Preßmitteilungen erfahren, daß Amerika wieder ein neues Wohlfahrtswerk plant. Da muß dafür sorgen werden, daß auch aus Sachen eine genügend hohe Summe kommt, so daß auch dieses Geld mit zu dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuungen verwandt werden könnte. In Bezug auf die Kleinentnerfürsorge haben wir uns mit der vorläufigen Erklärung der Regierung einverstanden erklärt, daß eine entsprechende Summe in den Nachtragstaat eingeteilt werden soll. Wir hoffen aber, daß diese Summe der zunehmenden Goldentwertung entsprechend eine bedeutend höhere sein wird, als das im vorigen Jahre der Fall war.

Mit Geld allein ist es aber bei der Wohlfahrtspflege nicht getan, sondern es gehören auch warmherzige Menschen dazu. Hier erhofft sich ein großes Arbeitsfeld für Frauen. Aber die Frau, die sich den Wohlfahrtspflege widmet, muß auch gründlich dafür vorbereitet sein. Wir haben ja in Sachsen verschiedene solcher Frauenschulen, die von den Frauen der verschiedenen Volksgruppen besucht werden. Sie sind in den Ausbildungsbereichen für das Wohlfahrtspflege gesetz ausdrücklich gestimmt, also sozialtätig anerkannt, und da meine ich, wenn solche Schulen in finanzielle Schwierigkeiten kommen, muß doch der Staat auch die Pflicht haben, ihnen eine sozialtätige Hilfe zu gewähren. Schließlich möchte ich noch die Bitte aussprechen, daß zur Mitarbeit an der Wohlfahrtspflege noch mehr jugendliche Frauen als bisher aus allen Volksgruppen herangezogen werden möchten. (Bravo! bei der Dtsch. Sp.)

Abg. Schneller (Kom.):

Das Kapitel Wohlfahrtspflege müßte in einem sozialistisch regierten Lande eigentlich das wichtigste im gesamten Staat überhaupt sein. Wie kommunisten wissen dabei auf Sowjetrussland hin, wo man im großzügigen Weise Kinderfürsorge und Krankenfürsorge betreibt und nicht auf den Mangel an Witten hinweisen, sondern wo gerade der ungeheure Mangel an Lebensnotwendigkeiten zu einer um so stärkeren Organisierung von Hilfsmitteln geführt hat. (Abg. Dr. Seydel: Auf dem Papier!) Niemand wird behaupten können, daß bei uns die Lebenshaltung so günstig ist, daß wir eine gründliche Wohlfahrtspflege entbehren oder uns mit dem begnügen können, was der als Polizeistaat zu tun sich v. quenzt hat. Wir sind sehr verwundert, daß sowohl die Frau Berichterstatterin wie hr. Dr. Hertwig sehr warm mit Worten eingetreten sind für alle möglichen Zwecke der Wohlfahrtspflege, daß sie aber die ganzen Erhöhungen, die von unserer Seite im Auschuß beantragt waren, ablehnen, weil sie sagten, es sei mit Geld nicht getan. Die Frau Haushaltsermittlerin tritt doch sonst so weitlos für Kunst und Künste ein, so daß man meinen müßte, sie müßte sich noch viel wärmer für diejenigen, die vor öffentlichen Fürsorge bedürfen, für alle Kranken, Kinder, Krüppel, Fürsorgezöglinge u. dgl. mehr. Wir müssen deshalb diese Art der Betreibung der Interessen der Opfer unserer Weisheit gedenken, denn sie kann von diesen Opfern nicht anders als wie ein Hohn empfunden werden. Es fehlt vor allem an Geld. Organisationen sind vorhanden, alle die Mittelchen, die empfohlen werden, Lotterien, Sammlungen, haben gezeigt, daß sie bei weitem nicht das einbringen, was der Rallene entsprechend erwartet werden sollte. Von Seiten der Arbeiterschaft wird in Bezug auf Wohlfahrtspflege alles getan, was notwendig ist, und wenn es irgendwie eine Wohlfahrtspflege gibt, so wäre ich hin auf die Hülse, die sich die Arbeiterschaften und Arbeitersfrauen gegenwärtig angeeignet lassen. Wenn das nicht besteht, wenn das Unverständnis von dem Egoismus für die Gemeinden zu groß ist, auch die Leistungsfähigkeit der Vereine, der Organisationen, ist nur eine beschränkt, und so muß doch gerade heute noch darauf hinweisen, daß man die finanziellen Bedenken gar nicht hat, wenn es sich darum handelt, eine andere Staatsnotwendigkeit zu betonen, nämlich die herzende Gesellschaftsordnung ja zu erhalten. Es ist bestechend, daß wir die zwei Kapitel nebeneinander behandeln müssen, das Polizeikapitel mit

einem Ausgabebetrag von 235 Mill. M., wenn ich nicht irre, und das Wohlfahrtskapitel mit der Abteilung Wohlfahrtspflege mit insgesamt 3½ Millionen. Es ist bestechend für die Auffassung der Regierung, daß diese beiden Kapitel so nebeneinander betrachten können, und es ist bestechend, daß die Erhöhung von etwa 4 Mill. M., die wir verlangt haben, mit Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten abgeschafft werden sollten und von finanziellen Partien, auch von den Hoch hängenden, im Auschuß tatsächlich abgeschafft wurden.

Dabei möchte ich auch auf das Kapitel hin weisen, das am gründigsten weggekommen ist, die Trägerfürsorge. Die Trägerfürsorge wird einfach den Trätern überlassen. Es ist bestechend, daß man hier mit einem Lächeln feststellt, daß die Schnapsläuse dafür sorgen, daß 250 000 M. zur Bekämpfung des Alkohols gegeben werden. Es möchte doch auch an dieser Stelle betont werden, daß wir den ganzen Kampf mit dem Alkohol nicht so leicht zu nehmen haben, gerade in unserer Zeit, wo wöchentlich 76 000 Literflaschen von der Reichsmobilpolizei-Beratung ausgegeben werden. Es ist das ein so trübseliges Kapitel, daß man nicht mit einem Lächeln darüber hinweggehen sollte. Wir wissen sehr wohl, daß man auf dem Wege der Erziehung diese Sitten allein nicht austrotzen kann und daß die Unsitte durch Zwangsmaßnahmen ausgerottet werden muss, da ist gar keine andere Möglichkeit, als daß man wie in Amerika ein Alkoholverbot erlässt. Gewiß, in der Übergangszeit führt das zu allerhand unnatürlichen Erscheinungen, aber im Laufe der Zeit wird sich das schon durchschleichen. Ich möchte dabei auch darauf hinweisen, daß nicht bloß von Seiten des Ministeriums des Innern, sondern auch von anderen Ministerien, wie vom Kultusministerium sehr viel getan werden könnte, z. B. bei den Schulseiten, die denen in unzulässiger Weise Mengen Alkohol und Nikotin verteilt werden.

Auch wenn wir auf die übrigen Kapitel der Fürsorge hinsehen, zeigt sich überall, daß die Vereine vor der Tatsache stehen: sie kommen nicht weiter und sehen immer mehr den Zusammenbruch ihrer ganzen Tätigkeit. Wir meinen deshalb, es müssen hier, wenn die private Fürsorge versagt, von den Gemeinden die Möglichkeit in dem Maße fehl, staatliche Maßnahmen einzutreten. Dazu bitten wir, und zwar auch besonders die Arbeitsparteien, sich für unsre Anträge einzusegen.

Abg. Frau Büttmann (Dtschnat.):

Ich möchte noch einige Worte sagen zu Drucksache Nr. 529. Es kommt mir oft vor, als wenn das Publizum sehr unzureichend vorsteht, wenn es sich um irgendwelche Sache handelt, die die Fürsorgezöglinge angeht. Im Bezirk Dresden befindet sich z. B. eine Haushaltsschule für geschworene Mädchen, und sehr häufig nehmen diese Mädchen es wahr, einfach wegzugehn. Da fragen wie die Schwester, daß es sehr häufig vorkommt, daß das Publizum den Mädchen hilft, anstatt sie in die Anstalten zurückzuführen. Ich habe mich ebenfalls danach erkundigt, wie es sich eigentlich um diese Angelegenheit, die hier in Drucksache Nr. 529 schon beprochen worden ist, verhält, und ich habe erfahren, daß keine Rüde d. von seien kann, daß die Fürsorgezöglinge durch die betreffenden Kämpfer schlecht behandelt werden sind. Ich glaube, es wäre sehr wünschenswert, wenn die Augenbuden einmal darauf zu kommen würden, um sich zu überzeugen, wie dort die Erziehung gehandhabt wird.

Abg. Böll (Dtschnat.):

Ich hätte zu der Kleinentnerfürsorge nicht das Wort ergreifen, da ich glaube, die Frage sei im Auschuß vollkommen gellöst, wenn man nicht im Laufe der Diskussion wieder auf die Frage zurückgekommen wäre. In Wirklichkeit sind wie die Antragsteller im Haushaltshaushalt A gewesen, eine neue Summe zur Kinderbetreuung dringend benötigt, die hier in Drucksache Nr. 529 schon beprochen worden ist, verhält, und ich habe erfahren, daß keine Rüde d. von seien kann, daß die Fürsorgezöglinge durch die betreffenden Kämpfer schlecht behandelt werden sind. Ich glaube, es wäre sehr wünschenswert, wenn die Augenbuden einmal darauf zu kommen würden, um sich zu überzeugen, wie dort die Erziehung gehandhabt wird.

nicht immer ohne weiteres als leicht zu unterstellen. Man soll dabei auch nicht vergessen, daß die Fürsorgeerziehung, wenn sie wirklich geistlich sein soll, fröhlig und fröhligend ausgestaltet werden muß. Wenn aber über die Fürsorgeerziehung in so allgemeiner Weise abgesprochen wird, daß man sagt, bezügliche Dinge seien gewissermaßen an der Tagesordnung, dann ist es kein Wunder, daß eingeladen, die unter Einsparung ihrer ganzen Kraft und mit wichtiger Hinwendung die Erziehungsfähigkeit geleistet haben, nichts werden kann, ja ausgetragen. Ich verleihe keinen Augenblick, daß die Arbeit in kleinen Anstalten besonders schwer ist, ich kann mir auch denken, daß sie in größeren Anstalten besser geleitet werden kann, aber wir können ohne die kleinen Anstalten nicht auskommen, und wenn wir auch diese „christlich-kapitalistische“ Erziehungs methode, wie hr. Abg. Schneller sagt, aus der Welt schaffen wollen, so weiß ich doch nicht, wie man das machen sollte. Das ist augenblicklich nicht zu machen, denn wir haben keine anderen Anstalten. Jedenfalls müssen wir darum bitten, daß derartige Dinge im Interesse gerade des davon Betroffenen nicht so verallgemeinert und übertrieben werden.

Abg. Schneller (Kom.):

Ich muß noch einmal das Wort ergreifen auf die Vorstellungen hin, die von Hrn. Abg. Lehrmann und Frau Abg. Büttmann gegeben werden sind. Sie haben das, was ich dargelegt habe, als nicht den Tatjachen entsprechend hinzustellen. Der hr. Minister hat ausdrücklich erklärt, daß sich die Sache zu zugestehen hat, wie es im Kämpfer geschildert hat. Aus der Antwort der Regierung sieht sich aber der bloße Polizeistandpunkt der Abteilung IV und auch der gesamten Regierung. Es kam vor allem darauf an, die Kinder einzusagen, es kam aber nicht darauf an, zu untersuchen, inwieweit ein Verstoß in der ganzen Behandlung der Kinder vorliegt. Wir müssen sagen, daß der Standort, der sich bei der Sache zugestanden hat, groß ist. Aber der Standort, den die Regierung sich versteckt hat, ist größer. Das müssen wir an den Pranger stellen und müssen ganz ener gisch dagegen protestieren, daß man in bezug auf die Fürsorgeerziehung sich lediglich als Polizeistandpunkt betrachtet und nichts tut, um etwas Grundlegendes zu ändern. Die Regierung hat jedoch gegeben müssen, daß 25 Proz. aller dieser Fürsorgezöglinge doch dann endgültig für die Menschheit verloren sind, daß sie als Verbrecher ihr Leben verbringen. Das ist ein joch entscheidendes Resultat, daß man für eine solche Erziehung, die vom Polizeistandpunkt ausgeht, nicht in der Öffentlichkeit einzutreten kann.

In der Abstimmung wird der Widerstand antrag der Kommunisten zu Kap. 58 abgelehnt. Die Anträge des Ausschusses werden einstimmig angenommen. Die Anfrage Nr. 529 der Kommunisten ist durch die Aussprache erledigt.

Auf Vorschlag des stellvertretenden Präsidenten Dr. Wagner werden die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung (Kultusministerium und Automobilverkehr an Sonntagen) von der Tagesordnung abgesetzt. Sie sollen in der nächsten Sitzung an erster Stelle behandelt werden.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 22. Juni, vormittags 11 Uhr mit folgender Tagesordnung statt:

1. Erste Beratung über den Antrag des Abg. Arzt u. Gen., betr. die Einschränkung des Kraftwagenverkehrs an Sonntag-Nachmittagen. (Drucksache Nr. 778)
2. Zweite Beratung über Kap. 101 (Allgemeine und unvorbereitete Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts) des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Haushaltsschäfte 1921 und 1922 und über die dazu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 707 und Nr. 725.)
3. Zweite Beratung über Kap. 64 des ordentlichen Haushaltsschäftsplans auf das Rechnungsjahr 1921, Gewerbe- und Tampfleistungsbilanz d. Kämpfer. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 731.)
4. Zweite Beratung über Tit. 5 des außerordentlichen Haushaltsschäftsplans auf das Rechnungsjahr 1921, Kapitalbeteiligung des Staates an der Landesbildungsgesellschaft „Sächsisches Heim“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 736.)
5. Zweite Beratung über Kap. 20 (Pflichten) des Rechenschaftsberichts 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Haushaltsschäfte auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 (Abgaben) und über die dazu vorliegenden Eingaben sowie über die Vorlage Nr. 28, den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schlachtfeste sowie der Übergangsabgabe von zollvereinseitlichem Fleischware und der Verbrauchsabgabe von zollvereinseitlichem Fleischware betr. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 732.)

Abg. Wehrmann (Dem.):

Auch ich möchte mir ein paar ganz kurze Worte zu dieser letzten Anfrage gestatten. Wie versteilen es genau so wie der Antragsteller, wenn irgendwo in der Fürsorgearbeit derartige Schlechtheit getan werden, wie es hier wenigstens der Fall zu sein scheint? Auf der einen Seite möchte ich aber doch auch sagen, es ist eine besondere Schwierigkeit in der Fürsorgeerziehung, daß manchmal Totaleinnahmen durch die Zeitungen gehen und die Arbeit in den einzelnen Anstalten noch viel mehr erschwert. Es ist ganz klar, daß die Mütterinnen der Eltern, die ihre Kinder in den Anstalten haben, auf das höchst erregt sind, wenn sie in derartige Notizen in den Zeitungen erscheinen, und daß dann auch Kleinigkeiten ohne weiteres ausgebaut werden. Es ist ebenso klar, daß die Auslagen der Kinder, die vielleicht Pflegekosten haben, nicht bei anderen ausgeteuert werden, sondern sie müssen in die Anstalten gehen. Es ist sehr schuldig! — Die Kriegsverbrecher sind schuld!

6. Zweite Beratung über Kap. 73 (Finanzministerium) des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltsspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922. (Rändlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 538.)

7. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 137, den Entwurf einer Verordnung über eine weitere Erhöhung der Sähe in der durch Verordnung vom 19. März 1920 (GBL S. 231) in Verbindung mit der Verordnung vom 2. Juni 1921 (GBL S. 147) bekanntgegebenen Gebührenordnung für Ärzte, Chemiker, Pharmazeuten und He-

hommen bei gerichtlich-medizinischen und medizinpolizeilichen Berichtigungen betz. (Schluß der Sitzung 7 Uhr 5 Min. nachm.)

**Beim Landtage  
neu eingegangene Drucksachen:**

Nr. 140. Vorlage, betreffend Erhöhung des für den Erweiterungsbau der Uhrmacherschule Glashütte genehmigten Darlehn<sup>1</sup>.

Der Landtag hat durch die Verabschiebung des

bes Staatshaushaltssplans 3½, Will. II. als Darlehn für einen Erweiterungsbau der Uhrmacherschule Glashütte genehmigt. Bei der inzwischen eingetretenen weiteren Preissteigerung läßt sich der Bau mit den bisher vorgelegten Mitteln nicht mehr durchführen und die Uhrmacherschule hat sich mit der Bitte um eine Erhöhung des Darlehns an die Regierung gewandt. Das Wirtschaftsministerium hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium eine Verdopplung des Darlehns zugelassen, und der Bau hat begonnen.

Der Landtag wird erucht,

1. den Betrag von 3700000 M. bei Kap. 59d unter Tit. 9e des Staatshaushaltss-

Plans für 1921 auf 7200000 M. zu erhöhen und

2. die Regierung zu ermächtigen, über den für die Uhrmacherschule in Glashütte vorliegenden Betrag unerwartet der Verabschiebung des Staatshaushaltssplans zu verfügen.

Dab die Genehmigung des Landtags erst nachträglich eingeholt wird, wird damit begründet, daß ein weiteres Hinausschieben des Baubeginns den Bau weiterhin verzögert haben würde, und wird infolfern gerechtfertigt erscheinen, als sich der Landtag bereits in seiner Sitzung vom 26. November 1921 und der Haushaltsschluß A wiederholt und ausdrücklich für einen Erweiterungsbau der Uhrmacherschule ausgesprochen haben.